

Europa-Wahl 2009 – Wahlprogramme der Parteien im Vergleich (Studie)

Einleitung

Am 7. Juni 2009 finden Wahlen zum Europäischen Parlament statt. In der Bundesrepublik Deutschland haben die politischen Parteien dazu Wahlprogramme veröffentlicht. Diese spielen zwar im Wahlkampf nicht die entscheidende Rolle. Sie geben aber detailliert Auskunft über die Positionen der Parteien gegenüber der Europäischen Union (EU) insgesamt und auf den verschiedenen Politikfeldern. Wir untersuchen die Unterschiede und Gemeinsamkeiten dieser Positionen zwischen den im Bundestag vertretenen Parteien CDU, SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE.

Die Parteien haben in unterschiedlichen Verfahren die Programme beschlossen. Die CDU hat das Programm lediglich durch einen Vorstandsbeschluss verabschiedet. Die SPD hat auf einer eintägigen Konferenz ihr Programm ohne Einzelabstimmungen zum Text beschlossen. Im Unterschied dazu gab es bei der FDP und vor allem bei den *Grünen* und bei der LINKEN ausführliche Debatten und Abstimmungen. Auch in der Länge unterscheiden sich die Programme deutlich. Am kürzesten ist mit 15 Seiten das Programm der CDU ausgefallen, gefolgt von dem der SPD und dem der FDP. Deutlich länger sind die Programme der Partei DIE LINKE und der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (170 Seiten).

Die CSU hat als letzte der im Bundestag vertretenen Parteien im April den Entwurf für ein Europawahlprogramm vorgelegt, das erst im Mai 2009 vom Parteiausschuss verabschiedet werden soll. Eine Durchsicht des Programm-Entwurfs zeigt, dass bei den Unionsparteien prinzipiell die Gemeinsamkeiten in ihren programmatischen Aussagen überwiegen. Dennoch gibt es eine Reihe von Unterschieden. Auf diese Unterschiede wird – ohne das Programm der CSU im Detail zu behandeln – an den entsprechenden Stellen verwiesen.

1. Grundpositionen zur Europäischen Union und ihrer Entwicklung

Die **CDU** sieht in der EU eine Gemeinschaft, die für die Menschen die besten Rahmenbedingungen für wirtschaftliches Wachstum und soziale Sicherheit gewährleisten sollte. In den letzten 50 Jahren habe sich Europa zu einem Kontinent der Toleranz entwickelt. Die EU sei die beste Antwort auf Herausforderungen wie Globalisierung, Sicherung des Wohlstandes, Migration und Klimawandel. Nur gemeinsam könnten die europäischen Staaten die Sicherheit und die Interessen ihrer Bürger in der globalen Ordnung gewährleisten. Die CDU will aber, dass die Identität der einzelnen Mitgliedsstaaten respektiert und die Zuständigkeiten nach dem Subsidiaritätsprinzip geordnet werden. Demgegenüber setzt die CSU auf mehr nationale Handlungsfreiheit und grenzt sich damit von der CDU ab. Insgesamt positioniert sich die CDU mit ihrem Programm zwischen dem europaskeptischen Standpunkt der CSU und den europafreundlicheren Vorstellungen der SPD.

Die **FDP** meint, dass die EU ein weltweit anerkanntes erfolgreiches Beispiel ist, wie es gelingen kann, Erbfeindschaften zu überwinden, Freiheit zu sichern und Wohlstand zu mehren. Nur die EU gebe uns die Chance, in der Globalisierung erfolgreich zu sein. In der internationalen Finanzkrise sei allein durch das gemeinsame Handeln in der EU unsere Wirtschaft zu sichern. Die brennenden Fragen wie Energiesicherheit, Rohstoffversorgung, Umwelt- und Klimaschutz, Welthandel, innere und äußere Sicherheit könnten von den Nationalstaaten nicht mehr im Alleingang beantwortet werden. Die FDP bekennt sich zum Vertrag von Lissabon. Sie meint aber, dass die EU ihre „Kraft aus der Beschränkung auf das Wesentliche“ schöpfe. Indirekt sprechen sich die Liberalen – wenn notwendig – für ein „Europa unterschiedlicher Geschwindigkeiten“ aus.

Die **SPD** versucht, sich zwischen Konservativen und Liberalen, die auf ein „Europa des Marktes“ setzen, und den „Linkspopulisten“, die in „überholten nationalen Denkmustern“ verharren, zu positionieren. Beide würden die gestalterische Chance, die ein politisch starkes Europa im globalen 21. Jahrhundert biete, verkennen. Die Sozialdemokraten gehen davon aus, dass sich die Hoffnung der europäischen Einigung auf Frieden und Wohlstand nach Jahren der kriegesischen Zerrüttung und schlimmsten Leids in zwei verheerenden Weltkriegen erfüllt habe. Heute sehen sie in der EU eine Antwort auf die Globalisierung. Dort, wo die Gestaltungskraft der Nationalstaaten in einer zusammenwachsenden Welt an ihre Grenzen stößt, müsse Europa den Primat der Politik gegenüber den freien Kräften des Marktes behaupten und „dem Wirtschaften im europäischen Binnenmarkt wie weltweit soziale und ökologische Regeln geben“.

Die Grünen gehen davon aus, dass viele globale Probleme, die uns alle betreffen, nur von der EU gelöst werden können. Hier nennen sie Klimawandel und Energiesicherheit, die Weltfinanzkrise, soziale Gerechtigkeit im globalisierten Wettbewerb, gerechten Welthandel, Schutz vor internationaler Kriminalität und Terrorismus. Anders als CDU, FDP und SPD fordern sie aber eine andere Politik für Europa. Noch immer sei die EU eher eine Wirtschaftsgemeinschaft als eine Gemeinschaft von Bürgerinnen und Bürgern. Zu viele Regeln und Entscheidungen der EU setzten einseitig auf wirtschaftliche Interessen und verlören das soziale Europa aus den Augen. *Die Grünen* werben für einen Politikwechsel. Sie halten viele Errungenschaften aus dem Lissabon-Vertrag für wichtig, um die EU demokratischer und handlungsfähiger zu machen. Die Bürgerinnen und Bürger würden direkt von einer verbindlichen Grundrechtecharta mit individuellen einklagbaren Grundrechten, vom Beitritt der EU zur Menschenrechtskonvention oder von der Aufwertung der Daseinsvorsorge gegenüber dem Vergaberecht profitieren. Das europäische Parlament würde gestärkt werden. Sollte der Lissabon-Vertrag scheitern, wollen sich *Die Grünen* für einen schlanken Grundlagentext einsetzen, der sich auf Werte und Ziele der Union, Grundrechte, Symbole und Regeln zu den Institutionen beschränkt, der die Bürgerrechte samt den sozialen Rechten garantiert und ökologische Nachhaltigkeit durchsetzt.

Während also CDU, FDP, SPD und *Grüne* in der EU eine unverzichtbare Antwort auf die Globalisierung sehen und die positive Wirkung der EU in der europäischen Geschichte betonen, ist das Herangehen der Partei **DIE LINKE** völlig anders. Die Partei schreibt, die herrschende Politik der EU agiere gegen soziale Gerechtigkeit, gegen den weltweiten Frieden und gegen die demokratische Teilhabe der Menschen. Wirtschaftskrise und weltweite militärische Interventionen seien zwei Seiten neoliberaler Politik. Der Vertrag von Lissabon setze diese fatale Politik fort. Die EU habe zur ge-

genwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise beigetragen. Ausführlich begründet DIE LINKE, warum sie den Vertrag von Lissabon ablehnt. In der neuen Wahlperiode soll das Europäische Parlament die Initiative für einen neuen Verfassungsprozess ergreifen. DIE LINKE will einen Politikwechsel in Europa, „der die Integration auf ein neues Fundament stellen soll“. Als Ziel formuliert DIE LINKE eine Wirtschaft in Europa, „die nicht vom Profitstreben, sondern vom Bedarf geleitet wird. Der Kapitalismus muss überwunden werden. Wir wollen die Diktatur der Finanzmärkte durch eine demokratische Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse ersetzen.“

2. Wirtschaftspolitik

Die einzelnen Parteien gehen unterschiedlich an die Wirtschaftspolitik heran, und sie geben unterschiedliche Antworten darauf, welcher Weg der richtige aus der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise ist.

Die Wettbewerbsfähigkeit der EU steht für die **CDU** im Vordergrund, damit Deutschland den starken europäischen Wirtschaftsraum erfolgreich nutzen kann. Deshalb müssten die Wachstumskräfte der EU gestärkt werden. Innovationen könnten aber nur entstehen, wenn ein „Klima der Freiheit in Verantwortung“ herrsche, das „Eigeninitiative, Leistungswillen sowie nachhaltiges und soziales Engagement belohnt“. Die Partei wendet sich gegen unnötige Regulierungen für die Industrie, die kleinen und mittleren Unternehmen, das Handwerk und die freien Berufe. Ein weiterer Schwerpunkt im CDU-Programm ist der Abbau der Bürokratie. In einem ersten Schritt sollen 25 Prozent der Verwaltungslasten abgebaut werden. Die Regeln selbst müssten gewährleisten, dass es keine Wettbewerbsverzerrungen gibt.

Die **FDP** vertritt nahezu lupenreine neoliberale Positionen: Ein klares Bekenntnis zum freien und unverfälschten Wettbewerb in der EU schaffe Wohlstand. In diesem Sinne gehe es um die „Vollendung des Binnenmarktes“. Die FDP versteht darunter u. a. die weitere Liberalisierung der Märkte und den Abbau der noch bestehenden Beschränkungen, so die weitere Liberalisierung des Dienstleistungssektors. Es gehe um weniger Regulierung und mehr Wettbewerbssicherung. Nicht die Vereinheitlichung in der Steuer-, Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern mehr Wettbewerb stehe hier auf der Tagesordnung. „Kernaufgabe der EU ist es, die Funktionsfähigkeit des Marktes durch ein Mindestmaß an Gesetzgebung sicherzustellen, die dem Bürger verständlich ist und unsere Wirtschaft nicht belastet.“

Die **SPD** geht anders an das Thema heran. Sie schreibt, dass die Marktideologie von Konservativen und von Liberalen, die den alleinigen Rückzug der Politik und die alleinige Macht der Märkte beschworen hat, endgültig gescheitert sei. Stattdessen brauche Europa eine Rückkehr zur Politik. Die SPD will, dass die Lissabon-Strategie, Europa zum wettbewerbsfähigsten, wissensbasierten Wirtschaftsraum weltweit zu entwickeln, weiter mit Nachdruck verfolgt wird. Durch einen „Europäischen Zukunftspakt für Arbeit“ soll vor allem die Energie- und Breitband-Infrastruktur ausgebaut werden. Danach erst ist die Rede vom Ausbau des europäischen Binnenmarktes. Hier will die SPD den Schwerpunkt auf die Wettbewerbsfähigkeit der kleinen und mittleren Unternehmen sowie des Handwerks legen.

Die Antwort der **Grünen** lautet: „Nachhaltig Wirtschaften – für einen Grünen New Deal.“ Dieser setze als globale Strategie auf „proaktive Krisenlösungen durch eine verstärkte Koordination von Finanz-, Struktur-, Umwelt- und Entwicklungspolitik“. Im

Rahmen dieser Strategie wollen *Die Grünen* mit einem „konzentrierten sozial-ökologischen Investitionsprogramm in Europa Impulse gegen die Rezessionsgefahr setzen, um so ein nachhaltigeres grünes Umsteuern in einer stabileren sozialen Wirtschafts- und Finanzwelt zu erreichen“. *Die Grünen* treten für mehr lokales, unabhängiges Wirtschaften ein, ohne das allerdings näher zu erläutern. Die Partei will aber auch eine wirksame europäisch koordinierte Wirtschaftspolitik. Man lehnt eine entfesselte Ökonomie und neuen Protektionismus ab. Europa müsse wirtschaftlichen Erfolg auf Innovation und Umwelttechnologie sowie auf starke ArbeitnehmerInnen bauen und nicht auf einen Wettbewerb um Niedriglöhne und Minimalstandards. Außerdem soll es spezielle Unterstützungsfonds geben und Risikokapital für Start-ups im Bereich nachhaltiger Produkte und Produktion zur Verfügung gestellt werden. Besonderes Augenmerk soll auf „Innovationstreiber und die Kreativwirtschaft“ gelegt werden.

Im Gegensatz zu CDU, FDP und SPD und teilweise zu den *Grünen* stehen die wirtschaftspolitischen Positionen der Partei **DIE LINKE**. Sie geht davon aus, dass die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik der EU durch das Profitstreben der Konzerne, Banken und Finanzfonds bestimmt wird. „Dies muss beendet werden.“ DIE LINKE wendet sich gegen die einseitige Fixierung auf Exportsteigerung der EU. Während die anderen Parteien die Notwendigkeit der Wettbewerbsfähigkeit der EU hervorheben, wendet sich DIE LINKE dagegen, dass die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt gemacht werden soll. Diese Strategie hätte zu einer Explosion der Unternehmensgewinne und zu einem drastischen Rückgang der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen, zu prekärer Beschäftigung und Armut geführt. Deshalb will die Partei die Lissabon-Strategie durch „eine neue, integrierte EU-Strategie für Solidarität, nachhaltige Entwicklung und soziale Integration“ ablösen. DIE LINKE plädiert für die Stärkung der europäischen Binnenwirtschaft.

Konkret fordert DIE LINKE eine europäische Wirtschaftsregierung, ein koordiniertes und langfristig angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm von mindestens zwei Prozent des Inlandsproduktes der EU und für Mittel- und Osteuropa ein europäisches, solidarisch finanziertes, umfangreiches Investitionsprogramm. Die Netzinfrastrukturen (Strom, Gas, Wasser, Bahn, Telekommunikation) sowie bedeutende Unternehmen, die Politik und Wettbewerb beherrschen, müssen in öffentliches Eigentum überführt und demokratisch kontrolliert werden. Die öffentliche Daseinsvorsorge soll rekommunalisiert werden. Die EU-Regional- und Strukturpolitik müsse mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet sein. Kürzungen lehnt die Partei hier ab.

3. Landwirtschaftspolitik

Auch an die Landwirtschaftspolitik gehen die Parteien unterschiedlich heran. Die **CDU** will sich als Interessenvertreterin der deutschen Landwirte profilieren. Sie will dafür sorgen, dass „unsere Bauern einen Ausgleich für höhere Produktionsstandards erhalten“. Auf das Instrument der Direktzahlungen dürfe nicht verzichtet werden. Die Partei will auch „mit den in Brüssel erwirkten Milchfonds die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Milcherzeuger durch Investitionshilfen verbessern“.

Die **FDP** will weitere marktwirtschaftliche Reformen sowie eine Stärkung der Eigentumsrechte landwirtschaftlicher Unternehmer, einen umfassenden Bürokratieabbau, den Ausstieg aus der Milchquote 2015 inkl. adäquater Maßnahmen zur Vorbereitung des Ausstiegs, den Ausstieg aus Exportsubventionen und aus produktabhängigen

Stützungen in der gemeinsamen Agrarpolitik sowie die vollständige Umsetzung des FDP-Modells der Kulturlandschaftsprämie.

Während die **SPD** das Thema meidet, wollen **Die Grünen** einen radikalen Umbau des EU-Agrarhaushaltes. Mit europäischen Mitteln sollen der ökologische Landbau, eine nachhaltige ländliche Wirtschaft und der Einstieg in eine ausgewogene Ernährungspolitik gefördert werden. Für diesen Umbau sei vor allem mehr demokratische Mitbestimmung nötig. Lokale Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung in ländlichen Regionen zwischen Gemeinden, mittelständischen Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen müssten unterstützt werden. Um mehr demokratische Rechte in der Agrarpolitik durchzusetzen, sei es nötig, den Vertrag von Lissabon zu ratifizieren. Solange das nicht geschehe, könnten die nationalen Regierungen weiter hinter verschlossenen Türen klüngeln.

Auch **DIE LINKE** beschäftigt sich ausführlich mit der europäischen Landwirtschaftspolitik. Eine Kernaussage besteht darin, die Stellung der Landwirte am Markt deutlich zu stärken, die Marktmacht der Nahrungsmittelkonzerne und Handelsketten zu begrenzen, um faire Preise zu sichern. Unterstützt werden sollen vielfältige Kooperationsbeziehungen bis hin zur Bildung von Genossenschaften oder Erzeugergemeinschaften. Die Konzentration von Bodeneigentum und die Spekulationen auf dem Agrarrohstoffmarkt seien zu unterbinden, Exportsubventionen abzuschaffen.

4. Finanz-, Haushalts- und Steuerpolitik

4.1 Finanzpolitik

Angesichts der Finanzmarktkrise nehmen die Ausführungen zur **Finanzpolitik** in den Wahlprogrammen einen besonderen Stellenwert ein. Hier sind die Positionen von **CDU** und **SPD** ähnlich. Beide wollen Hedge-Fonds und Rating-Agenturen stärker beaufsichtigen und regulieren. Die Banken- und Finanzmarktaufsicht soll international und europäisch verbessert werden. Das Vergütungs- und Bonussystem von Managern müsse so verändert werden, dass nachhaltiges Wirtschaften und nicht kurzfristiges Profitstreben belohnt wird. Die CDU fordert langfristig einen Wirtschaftsrat bei den Vereinten Nationen, der eine Charta für nachhaltiges Wirtschaften durchsetzen soll. Die SPD bekennt sich dazu, dass das bewährte deutsche Bankensystem mit Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Sparkassen sowie Genossenschaftsbanken erhalten werden müsse.

In der Diktion gibt es in beiden Programmen erhebliche Unterschiede. Die CDU betont, dass Staatsgläubigkeit und sozialistische Modelle stets Armut und Unfreiheit zur Folge gehabt hätten. Die SPD hingegen schätzt ein, dass das über Jahre dominante marktliberale Modell der Deregulierung und Liberalisierung auf den internationalen Finanzmärkten ungehemmter Profitgier Tür und Tor geöffnet hätte.

Bei den kleineren Parteien gehen die Positionen weiter auseinander. Die **FDP** hebt hervor, dass staatliche Fehlentscheidungen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie eine unzulängliche staatliche Finanzaufsicht und das Versagen einiger Banken und Versicherungen nicht nach einem neuen Wirtschafts-, sondern vielmehr nach einem reformierten Finanzsystem rufen. Die FDP sieht ähnlich wie die CDU in der Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB) einen besonderen Wert und wirbt für eine EU-weite Bankenaufsicht.

Die Grünen gehen in ihren Vorstellungen über die Reformierung der Finanzinstitutionen über die der CDU und SPD hinaus. So fordert die Partei eine neue globale Finanzordnung, ein „Bretton Woods II“, bleibt aber hier relativ unkonkret. Es sei „eine Diskussion darüber notwendig, ob nicht ein System stabilisierter Wechselkurse vorteilhaft wäre“. Im Rahmen einer „europäischen Wirtschaftspolitik“ müsse es Aufgabe der Zentralbank sein – neben der Geldwertstabilität – auch eine stabile gesamtwirtschaftliche Entwicklung einschließlich der Beschäftigung im Blick zu haben. Mit einer europäischen Finanzumsatzsteuer wollen *Die Grünen* mehr Stabilität an den Finanzmärkten erreichen. Es handele sich hier um eine Weiterentwicklung der Tobin-Steuer und der Börsenumsatzsteuer. Die Einnahmen aus dieser Steuer sollen zum größten Teil direkt in das EU-Budget fließen.

DIE LINKE geht deutlich weiter als *Die Grünen*. Sie will die Finanzmärkte zwar auch durch Kapitalverkehrskontrollen, durch eine Steuer auf Finanztransaktionen (unter anderem Devisen- und Börsenumsatzsteuer) regulieren, fordert aber klar die Vereinbarung von Wechselkurszielzonen. Im Unterschied zu allen anderen Parteien meint sie, dass umfangreiche Staatshilfen bei der Rekapitalisierung von Banken auf die Verstaatlichung aller Banken und die Überführung des gesamten Finanzsektors in öffentliches Eigentum abzielen müssten. Die Kreditpolitik der Banken müsse der öffentlichen Kontrolle unterstellt werden. Dann heißt es aber: „Nach europäischem Recht ist die jeweilige Eigentumsordnung Angelegenheit der Mitgliedsstaaten.“ **DIE LINKE** will Hedge-Fonds und Private Equity Fonds nicht nur schärfer kontrollieren, sondern verbieten. Außerdem soll es verboten werden, dass Pensions- und Rentenfonds sowie Lebensversicherungen in Hedge-Fonds oder andere spekulative Fonds investieren. Auf der EU-Ebene soll eine eigene Finanzmarktaufsicht über international agierende Finanzmarktakteure sowie öffentliche Rating-Agenturen geschaffen werden. Außerdem sollen im Rahmen einer strengeren Regulierung der Finanzmärkte Obergrenzen für die Fremdfinanzierung von Investitionen eingeführt werden. Steueroasen sollen ausgetrocknet werden. Die Steuerbefreiung für Dividenden von Unternehmen in unkooperativen Staaten müsse abgeschafft werden.

4.2 EU-Haushalts- und Steuerpolitik

Zur **EU-Haushalts- und Steuerpolitik** positionieren sich ebenfalls alle Parteien. Die **CDU** tritt ausdrücklich dafür ein, die Stabilität des Euro zu wahren. Dafür gebe es zwei unterschiedliche Garanten: die Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank und ihre Ausrichtung auf Stabilität sowie die Maastrichter Stabilitätskriterien und der Stabilitäts- und Wachstumspakt als Pfeiler der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Das Finanzsystem müsse aber grundlegend und entsprechend der Wirtschaftskraft der einzelnen Mitgliedsstaaten reformiert werden, ohne dass die EU eigene Kompetenzen zur Steuererhebung oder zur öffentlichen Kreditaufnahme erhält.

Eine zentrale Forderung der **FDP** lautet ebenfalls, den EU-Haushalt grundlegend zu reformieren. Jeder Mitgliedsstaat soll maximal ein Prozent seines Bruttonationaleinkommens (BNE) aufbringen. Dafür soll auf die Mehrwertsteuerabführungen verzichtet werden. Eine EU-Steuer wird abgelehnt. Die FDP tritt für die Beibehaltung des EU-Verschuldungsverbots ein. Außerdem soll es eine strikte Ausgabenobergrenze im EU-Haushalt geben. Vor allem will die Partei den „Subventionswettbewerb“ aufgrund der Kohäsions- und Strukturfonds beenden. Die EU-Gelder müssten auf die „wirklich bedürftigen Regionen als Hilfe zur Selbsthilfe konzentriert und die Förderwürdigkeit zeit-

lich begrenzt werden“. Die FDP will die Umstellung der Agrarförderung auf nationale Ko-Finanzierung und die stufenweise Reduzierung der Direktzahlungen ab 2014.

Die **SPD** tritt für einen zukunftsgerichteten Haushalt der EU ein, der auf Innovation, Forschung und Entwicklung ein besonderes Gewicht legt. Die europäischen Ausgaben für die gemeinsame Agrarpolitik müssten dazu weiter zurückgefahren und die frei werdenden Mittel konsequent für Zukunftsinvestitionen eingesetzt werden. Bei der anstehenden Neuausrichtung des EU-Haushaltes müssten Deutschlands Interessen gewahrt und ein fairer Lastenausgleich zwischen den EU-Mitgliedstaaten erreicht werden. Die SPD plädiert für weniger Zuweisungen aus den nationalen Haushalten und für den langfristigen Aufbau einer eigenen Einnahmequelle der EU. Die Partei wendet sich dagegen, dass sich die EU-Staaten durch ungehemmte steuerliche Konkurrenz untereinander, gerade bei den Unternehmenssteuern, gegenseitig der öffentlichen Finanzgrundlagen berauben. Sie tritt deshalb für eine einheitliche Bemessungsgrundlage bei den Unternehmenssteuern ein. Dies müsse zumindest in der Währungsunion durch gemeinsame Mindeststeuersätze flankiert werden.

Die Grünen wollen auch einen „Paradigmenwechsel in der Steuerpolitik“. Was in der EU erwirtschaftet werde, müsse auch innerhalb der EU voll versteuert werden. Es könne nicht sein, dass deutsche StaatsbürgerInnen durch Flucht in Steueroasen sich der Besteuerung entziehen. Außerdem soll durch eine gemeinsame, konsolidierte Bemessungsgrundlage für ausgewählte Steuern der ruinöse Wettlauf der Steuersysteme um die geringsten Standards beendet werden. Es soll in Europa ein Mindestsatz bei der Unternehmenssteuer festgelegt werden. Wie die anderen Parteien auch wollen *Die Grünen* die Haushaltspolitik reformieren. Allerdings wollen sie im Unterschied zu anderen Parteien mittelfristig den EU-Haushalt zum einen aus dem Aufkommen von europaweiten Steuern finanzieren. Die zweite Säule soll eine Finanztransaktionssteuer bilden. Drittens treten *Die Grünen* für eine „europäische Kerosinbesteuerung“ ein. Mit diesen drei Säulen ließe sich nach Auffassung der Partei der EU-Haushalt komplett finanzieren. Die Ausgaben sollen in den Klimaschutz, in die ländlichen Räume, in Forschung und Bildung umgelenkt werden. Die riesigen Summen für die gemeinsame Agrarpolitik sollen zugunsten des ländlichen Raums umgeschichtet werden. Ein höherer Anteil der Strukturfonds soll für nachhaltige Projekte, das heißt Investitionen in erneuerbare Energien, in Energiesparen, in Energieeffizienz und in umweltfreundliche Mobilität, verwendet werden.

Ähnlich wie *Die Grünen* will auch **DIE LINKE** grundlegende Veränderungen in der EU-Haushaltspolitik. Sie setzt sich dafür ein, dass in erster Linie die Mittel für die Bekämpfung von Armut, für die Durchsetzung von Geschlechtergerechtigkeit, für den sozialökologischen Umbau und für die Regional- und Strukturpolitik aufgestockt werden. Einsparungen gelte es bei Rüstungsausgaben und Geldern für militärische Missionen vorzunehmen. Die Eigenmittelobergrenze soll auf 1,24 Prozent des EU-weiten Bruttonationaleinkommens angehoben werden. Großunternehmen und Banken sollen deutlich mehr an der EU-Finanzierung beteiligt und die von einigen Mitgliedsstaaten ausgehandelten Rabatte auf ihre EU-Beiträge abgeschafft werden.

DIE LINKE will auch eine Koordinierung der nationalen Steuerpolitiken, um das Steuerdumping innerhalb der EU zu beenden. Hier werden u. a. die Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlage für Unternehmenssteuern und die Festlegung eines einheitlichen Mindeststeuersatzes für Unternehmensgewinne in angemessener Höhe ver-

langt. Außerdem fordert DIE LINKE hier – wie andere Parteien auch – entschiedener gegen Steuerparadiese in und außerhalb der EU vorzugehen.

5. Arbeitsmarktpolitik und Arbeitnehmerrechte

„Gute Arbeit“ und die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer thematisieren vor allem die SPD und DIE LINKE, aber auch *Die Grünen*.

Die **SPD** postuliert ein Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Hier geht es vor allem um Mitbestimmung auf europäischer und internationaler Ebene und weiter gestärkte Arbeitnehmerrechte, verbesserte europäische Standards beim Arbeits- und Gesundheitsschutz und bei der Arbeitszeit. Die SPD tritt für die Verbesserung und Erweiterung der EU-Entsenderichtlinie ein. Diese müsse über den Schutz bloßer Mindeststandards hinausgehen. Die Devise müsse sein: „Gleiche Lohn- und Arbeitsbedingungen für gleiche Arbeit am gleichen Ort!“ Auch für die Leiharbeit müsse europaweit der Grundsatz des gleichen Lohns für gleiche Arbeit gelten. Außerdem soll es eine „europäische Charta für Praktikanten“ geben. Vor allem plädiert die SPD für einen europäischen Pakt gegen Lohndumping, der als zentrales Element gemeinsame Standards für Mindestlöhne in Europa (gemessen am Durchschnittsverdienst der jeweiligen Mitgliedsländer) festlegt. Es gehe in allen EU-Mitgliedsstaaten um Existenzsichernde gesetzliche oder tarifvertraglich vereinbarte Mindestlöhne.

Die Grünen wollen, dass sich Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik am Konzept der „Guten Arbeit“ orientiert. Gut sei eine Arbeit, die den Ansprüchen der Beschäftigten an die Gestaltung der Arbeitswelt gerecht werde und die einen gerechten, angemessenen Lohn garantiere. Das heiße vor allem auch, dass Flexibilität in der Arbeitswelt mit sozialer Sicherheit verbunden sein müsse. Arbeitsrechtliche Standards dürften nicht aufgrund so genannter flexibler Arbeitsverhältnisse (etwa Leiharbeit, Minijobs oder Scheinselbständigkeit) ausgehöhlt werden. *Die Grünen* fordern gesetzliche oder tarifliche Mindestlöhne, die relevant über der Armutsgrenze liegen, in allen Mitgliedsstaaten gemäß den nationalen Modellen. Existenzsichernde Mindestlöhne seien nicht nur ein Element, um die schleichende Tendenz zu Armut trotz Arbeit („working poor“) zu bekämpfen, sondern auch ein Baustein, um die Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen zu beenden.

Die Partei will die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen festschreiben und vereinfachen und die Arbeitszeit reduzieren. Sie tritt dafür ein, dass ArbeitnehmerInnenrechte garantiert und Rechte von entsandten ArbeitnehmerInnen gestärkt werden. Gemäß dem Grundsatz des gleichen Lohns für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort müsse in der Entsende-Richtlinie deutlich gemacht werden, dass nationale Tarifverträge in ihren verschiedenen Ausprägungsformen den gleichen Stellenwert haben wie gesetzliche Mindestlöhne. Auch dürften die Kontroll- und Ordnungsrechte der Mitgliedsstaaten nicht eingeschränkt und die Rechte der Tarifpartner einschließlich des Streikrechtes nicht beschnitten werden.

Am weitesten geht **DIE LINKE** in ihren Vorstellungen. Sie tritt für eine neue Art der Vollbeschäftigung und „Gute Arbeit“ für alle ein. Prekäre Beschäftigung soll in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umgewandelt, Niedriglohnarbeit, befristete und andere unsichere Arbeitsverhältnisse sollen abgeschafft werden. Leiharbeit soll es nur in begrenzten Ausnahmefällen geben. „Teilzeitarbeit ist sozial voll abzusichern, Überstunden sind drastisch abzubauen und Arbeitszeit von der Wochen-

über die Monats- und Jahresarbeitszeit bis hin zur Lebensarbeitszeit zu verkürzen.“ Die verbindliche Höchstarbeitszeit soll zunächst auf 40 Stunden festgesetzt werden. Neben diesen recht zahlreichen konkreten Forderungen, die hier nicht alle aufgeführt sind, engagiert sich DIE LINKE „für eine Neu- und Umbewertung von Arbeit“. Welche politischen Schritte sich aus einer solchen Position ableiten müssten bzw. wie die Arbeit neu- und umbewertet werden soll, wird nicht ausgeführt.

6. Sozialpolitik

Im Herangehen an die Sozialpolitik gibt es gravierende Unterschiede zwischen CDU und FDP einerseits und SPD, *Grünen* und der Partei DIE LINKE andererseits. Während dieses Politikfeld bei CDU und FDP nur einen geringen Stellenwert einnimmt und sie vor allem einen Lobgesang auf die „Soziale Marktwirtschaft“ anstimmen, hat es bei den anderen Parteien – trotz aller Differenzierung – eine weitaus größere Bedeutung. Hier wird – im Unterschied zu CDU und FDP – ein „soziales Europa“ als Gegenpol zu wirtschaftsliberalen Positionen thematisiert. SPD, *Grüne* und LINKE plädieren für einen europäischen Sozialpakt bzw. für eine europäische Sozialunion, die der Wirtschafts- und Währungsunion gleichrangig ist und die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in der EU verbessern soll. Im Gegensatz zu den anderen Parteien bewertet DIE LINKE den Lissabon-Prozess auch auf sozialpolitischem Gebiet negativ für die Bürgerinnen und Bürger Europas. Alle Parteien sind allerdings (bei Unterschieden im Detail) gegen eine Vereinheitlichung der Sozialsysteme in der Europäischen Union.

Die **CDU** nimmt im Einzelnen überhaupt nicht zu sozialpolitischen Fragen Stellung. Sie beschränkt sich auf einen Lobgesang der „Sozialen Marktwirtschaft“. Sie sei „die untrennbare Verbindung von freiheitlicher Wirtschafts- und solidarischer Sozialordnung“. Die Ablehnung einer vollständigen Harmonisierung der Sozialpolitik wird damit begründet, dass dann das hohe deutsche Niveau der sozialen Sicherungssysteme bei uns nicht gesichert werden könne. Unter dem Stichwort „Subsidiaritätsprinzip verwirklichen“ meint die Partei, dass das Vertragswerk von Lissabon den Kommunen das Recht einräume, ihre Angelegenheiten der Daseinsvorsorge selbst zu bestimmen.

Auch die **FDP** will, dass Sozialpolitik in der Verantwortung der Mitgliedsstaaten bleibt. Es gehe um „maßgeschneiderte Konzepte“, die unterschiedliche Realitäten innerhalb der EU widerspiegeln. Die Sozialpolitik auf europäischer Ebene stärker zu zentralisieren sei der falsche Weg. Der zentrale Punkt für die Liberalen ist ein „soziales Europa auf marktwirtschaftlicher Grundlage“. Die Partei wendet sich (als einzige) gegen die Ausweitung der EU-Antidiskriminierungsvorschriften. Besser wäre es nach ihrer Auffassung, wenn sich die EU für eine aktive Bekämpfung staatlicher Diskriminierung einsetzen würde.

Bei der **SPD** steht das Kapitel „Für das soziale Europa“ an der Spitze des Programmtextes. Hier wird der Einfluss gewerkschaftlicher Positionen recht deutlich. Die Partei will eine europäische Sozialunion, die der Wirtschafts- und Währungsunion gleichrangig ist. Es soll dort entschieden gegengesteuert werden, wo die „wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Binnenmarktes einseitig zulasten der Rechte und des Schutzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihrer kollektiven Vertretungen in Europa“ ausgelegt werden. Deshalb tritt die SPD für eine „soziale Fortschrittsklausel im EU-Primärrecht“ ein. Im EU-Vergaberecht müssten die Zulässigkeit ökologischer und

sozialer Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge konkretisiert und erweitert werden. Die SPD fordert einen „europäischen sozialen Stabilitätspakt mit gemeinsamen europäischen Zielen und Vorgaben für Sozial- und Bildungsausgaben“, gemessen an der jeweiligen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der einzelnen Mitgliedsstaaten. Sämtliche EU-Rechtsakte sollen auf ihre sozialen Folgen für die Menschen in Europa überprüft werden. Um das zu realisieren, sei es notwendig, dass der Vertrag von Lissabon rechtsverbindlich wird, weil er eine entsprechende Sozialklausel bereits vorsehe. Mit einer ambitionierten Politik für Gleichstellung und gegen Diskriminierung soll Europa zu einem diskriminierungsfreien Raum der Chancengleichheit gemacht werden. Für öffentliche Dienstleistungen der Daseinsvorsorge soll mehr europäische Rechtssicherheit geschaffen werden. Sie dürften nicht einem einseitigen Zwang zur Liberalisierung ausgesetzt werden. Insgesamt tritt die SPD für eine „offene Methode der Koordinierung in der Sozialpolitik“ ein.

Auch **Die Grünen** haben sich sehr umfangreich zur Sozialpolitik geäußert. Dieser Programmpunkt liegt auf einer ähnlichen Linie wie der der SPD. *Die Grünen* meinen, dass Europa kein Projekt der Wirtschaftsliberalen sei; es gehe um ein soziales Europa. Deutlich sagen sie aber, dass in der EU Sozialabbau stattfindet, der insbesondere die Ärmsten trifft. An erster Stelle der sozialpolitischen Forderungen der *Grünen* steht ein Sozialpakt für Europa, der die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in der EU verbessern soll. Durch eine Neuausrichtung der Lissabon-Strategie sollen die sozialpolitischen Ziele verbindlich gemacht werden. Mindestlöhne sollen eingeführt, die Frauenerwerbstätigkeit erhöht, Lohngleichheit geschaffen, Schwarzarbeit bekämpft, europäische Betriebsräte gestärkt, gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, Chancengleichheit hergestellt und Diskriminierung bekämpft werden. Weiterhin soll es ein barrierefreies Europa geben, Familie und Beruf sollen besser vereinbar werden können. Mit einer Europäischen Sozialkarte sollen die jetzt schon rechtlich garantierte Anerkennung und Zusammenrechnung von in unterschiedlichen Ländern erworbenen Versicherungs- und Beschäftigungsleistungen lebensnah ausgestaltet werden. Eine europäische Arbeitslosenversicherung soll auf den Weg gebracht werden.

DIE LINKE begreift Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe. Sie thematisiert schwerpunktmäßig den Erhalt und den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Im Gegensatz zu den anderen Parteien sieht sie auch hier die Lissabon-Strategie negativ. Der Umsetzung dieser Strategie dienen in Deutschland neben der „Agenda 2010“ auch die Hartz-Gesetze. Damit habe man die Priorität des Wettbewerbs über die Warenproduktion hinaus auch auf den Dienstleistungsbereich ausgedehnt. Das habe zu massiven Kürzungen geführt. Die Partei räumt dem Schutz öffentlicher Güter sowie dem diskriminierungsfreien Zugang aller zu den Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge – einschließlich des demokratischen Zugangs zu Bildung, Kultur und Medien – höchste Priorität ein. Für DIE LINKE ist eine wirksame Sozial- und Umweltunion ein weiterer herausragender Schwerpunkt. Die Partei fordert, dass sich die EU und ihre Mitgliedsstaaten auf gemeinsame soziale und kulturelle Mindeststandards als bindende Ziele festlegen: für die Überwindung von Armut, insbesondere von Kinderarmut und Altersarmut, von Arbeitslosigkeit, sozialer Ausgrenzung und struktureller Benachteiligung – vor allem von Frauen. Außerdem fordert DIE LINKE einen Pakt zur Beseitigung der Armut. Darin sollen die Mitgliedsstaaten verpflichtet werden, dafür zu sorgen, dass in fünf Jahren kein Mensch in Europa mehr unterhalb der Armutsgrenze von 60 Prozent des jeweiligen Durchschnittseinkommens leben muss.

7. Umwelt- und Energiepolitik

In den Europawahlprogrammen von CDU und SPD wird Umweltpolitik weitgehend auf Klimaschutz beschränkt und eng mit der Energiepolitik verknüpft. Dagegen gehen *Die Grünen* und die Partei DIE LINKE, aber auch die FDP von einem weit breiteren umweltpolitischen Ansatz aus, stellen aber gleichfalls Klimaschutz und Energiepolitik in das Zentrum ihrer Texte zur Umwelt- und Energiepolitik.

7.1 Umweltpolitik allgemein

Während sich die **CDU** zur **Umweltpolitik** allgemein überhaupt nicht äußert, setzt die **FDP** auch in dieser Frage voll auf den Markt: „Liberaler Umweltpolitik definiert Ziele; die Wahl der Instrumente zu deren Erreichung überlässt sie dem Wettbewerb um die besten Ideen. Die FDP will eine europäische Umweltpolitik mit mehr Markt und Eigenverantwortung.“ Staatliches Ordnungsrecht könne nur letztes Mittel sein. Es dürfe keine Politik der Symbolmaßnahmen geben. Diffuse Ängste würden die Liberalen nicht als politische Ratgeber akzeptieren. Nur Fakten über tatsächliche Gefährdungen sowie den realen Nutzen von Maßnahmen seien die Grundlagen liberaler Umweltpolitik.

Die **SPD** plädiert für eine „ökologische Industriepolitik, die Wirtschaft, Beschäftigung und Umwelt zusammenbringt“, und spricht sich für „ein Europa des qualitativen Wachstums“ und für „ein Europa des ökologischen Fortschritts“ aus. Ökologische Standards sollen erhalten werden. Durch den Export von Umweltgütern und -technologie würden – ebenso wie durch den Ausbau erneuerbarer Energien und die Förderung von Energieeffizienz in Europa selbst – wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung in Europa erheblich gestärkt. Eine innovative und dynamische Umweltbranche sei ein wichtiger Jobmotor, der Arbeitsplätze schaffe, die Zukunft hätten. Die SPD wolle deshalb den Anstoß zu einer ökologischen Industriepolitik auf europäischer Ebene geben, die systematisch Energie und Ressourcen schonende Umwelttechnologien fördere.

Noch deutlicher sehen **Die Grünen** in der Verbindung von Ökologie und Ökonomie den Schlüssel zur Lösung der Zukunftsprobleme. Sie kämpfen für eine Europäische Union, die Klima und Umwelt schützt, und für einen Grünen New Deal, der Finanz-, Klima- und Armutskrise mit einem ökologischen und sozialen Umbau der Industriegesellschaft beantwortet. Der Grüne New Deal verbinde soziale Gerechtigkeit und ökologische Verantwortung. Eines sei ohne das andere nicht zu haben, gemeinsam seien sie die Grundlage für wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit. Der Grüne New Deal setze auf ökologische Innovation und auf die Bereitschaft unsere Lebensstile neu zu gestalten. Es sei die Verantwortung Europas, der Welt ein ökologisches Beispiel zu geben.

DIE LINKE betont auch in ihren umweltpolitischen Vorstellungen am stärksten von allen Parteien den sozialen Aspekt: „Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und ein radikaler ökologischer Umbau unserer Lebens- und Wirtschaftsweisen sind zwei Seiten einer Medaille.“ DIE LINKE spricht sich für eine Wirtschaftspolitik aus, die die Umwelt bewahrt. Sozial-ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Entwicklung seien kein Widerspruch. Ökologisch nachhaltiges Wirtschaften erfordere öffentliche Investitionen in eine zukunftsfähige Energieversorgung, in Bildung und eine starke europäische Binnennachfrage. Leistungsfähige soziale Sicherungssysteme seien auch eine Voraussetzung für den ökologischen Umbau der Gesellschaft. Die EU

müsse eine nachhaltige, sozial-ökologische Gestaltung der europäischen Binnenwirtschaft und die Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe zum Kern ihrer Wirtschafts- und Strukturpolitik machen. Europa und die europäischen Staaten trügen eine besondere Verantwortung, ein ökologisch nachhaltiges Wirtschaften im globalen Maßstab zu fördern.

7.2 Klimaschutz

Klimaschutz, erklärt die **CDU**, könne nachhaltig nur international gelingen. Sie will daher, dass die Europäische Union ihre internationale Vorreiterrolle beim Klimaschutz bekräftigt. Die **FDP** unterstützt hier das Ziel, als ersten Schritt bis 2020 die Treibhausgase um 20 Prozent gegenüber 1990 zu reduzieren. Die Partei fordert von der Europäischen Union, sich für verbindliche, ambitionierte und weltweite Klimaziele im Rahmen eines Post-Kyoto-Abkommens einzusetzen. Die FDP fordert in diesem Zusammenhang einen wirksameren Technologietransfer in die Entwicklungsländer. Sie verlangt eine Innovationsoffensive für saubere Energie. Dazu würden sowohl die Erneuerbaren Energien als auch die Förderung moderner CO₂-Abscheidungstechnik (CCS) gehören. Schließlich sollen nach dem Willen der Partei kostengünstige Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern stärker genutzt und der Ausbau der Solarenergie in der Mittelmeerregion vorangetrieben werden.

Die **SPD** erklärt: „Wenn wir nicht gegensteuern, wird der Klimawandel den Wohlstand und die wirtschaftliche wie soziale Entwicklung in Europa und der Welt ernsthaft gefährden. Es drohen neue Konflikte um die Verteilung und den Zugang zu lebenswichtigen Ressourcen, insbesondere zu Wasser.“ Klimaschutz sei deshalb nicht nur eine ökologische Aufgabe, sondern ebenso eine ökonomische und sicherheitspolitische Herausforderung. Dabei gelte es, Klima- und Umweltschutz, wirtschaftliches Wachstum und Beschäftigung nicht länger als Gegensätze zu begreifen. Notwendig sei stattdessen ein neues Bündnis von Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt.

Die SPD fordert, die Vorreiterrolle Europas im internationalen Klimaschutz zu festigen und weiter auszubauen. In Deutschland bestehe das zentrale Ziel in der Reduktion der CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis 2020. Europa müsse geschlossen und entschlossen in den internationalen Klimaverhandlungen auftreten und auf weit reichende neue Ziele im internationalen Klimaschutz für die Zeit nach Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahre 2012 dringen. Auch unter dem Eindruck der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise dürften die Anstrengungen für ökologische Nachhaltigkeit und Klimaschutz nicht nachlassen und müssten ambitionierte Ziele und Maßnahmen national, europäisch und international durchgesetzt werden.

Die Grünen warnen davor, das drängendste Problem – die Finanz- und Wirtschaftskrise – zu Lasten des wichtigsten Problems – des Klimawandels – lösen zu wollen. Die neue wirtschaftliche Dynamik müsse vielmehr durch konsequentes Investieren in Klimaschutz entstehen. Daher plädiert die Partei für Investitionen in Klimaschutz, Bildung und Soziales für zukunftsfähige Arbeitsplätze. *Die Grünen* treten für eine stärkere Vernetzung von Klimaschutz und Schutz der biologischen Vielfalt ein.

Nach Auffassung der Partei **DIE LINKE** müssten die globalen Aufgaben in der Klima- und Energiepolitik gegen die kurzfristigen Rendite-Interessen von Banken, Fonds und Konzernen durchgesetzt werden. Dies erfordere große Anstrengungen für gemeinsame Investitionen in die Energiewende. Die EU sollte – so die Vorstellung der Partei – in einem koordinierten und langfristigen Zukunftsinvestitionsprogramm mindestens

zwei Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in Klimaschutz und Energiewende, ökologischen Umbau (Verkehrs-, Chemie-, Abfall- und Agrarwende, Stoffmanagement), den Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge, gesellschaftliche Infrastruktur, Bildung, Soziales, Kultur und medizinische Versorgung investieren. „Die Mitgliedstaaten sollten auf nationaler Ebene ebenfalls ökologisch-solidarische Zukunftsinvestitionsprogramme auflegen bzw. ihre Konjunkturprogramme entsprechend umbauen und sie mit der EU-Ebene und untereinander koordinieren.“ Dadurch würden kräftige Nachfrageimpulse für die EU-Binnenwirtschaft und ein Schub zur Einleitung einer nachhaltigen Entwicklung entstehen.

Eine fortschrittliche Klimaschutzpolitik sei nicht nur überlebenswichtig für die natürliche Umwelt, sie sei zugleich ein Beitrag zum Kampf um globale soziale Rechte, weil der fortschreitende Klimawandel das tägliche Ringen von Millionen Menschen ums Überleben verschärfe. Die konkrete Ausgestaltung von Umweltpolitik dürfe jedoch nicht zu einer weiteren sozialen Spaltung der Gesellschaft führen. Bezahlbare Energie und Mobilität müssten auch für einkommensschwache Bevölkerungsschichten gewährleistet bleiben. Der ökologische Umbau bedürfe daher eines starken sozialen Sicherungssystems. Mit Planungsmaßnahmen in Raumordnung, Stadtentwicklung, Küstenschutz und Landschaftspflege müssten dem bereits in Gang gesetzten Klimawandel und seinen Folgen begegnet werden. Um die Verhandlungen über ein Kyoto-Folgeabkommen zu beschleunigen, müsse die EU zudem deutlich mehr Finanzmittel für den Klima- und Regenwaldschutz sowie für Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in Entwicklungsländern bereitstellen.

7.3 Emissionshandel

Das eingeführte multinationale marktwirtschaftliche System des **Emissionshandels** stellt nach Auffassung der **CDU** eine gute Balance zwischen Ökonomie und Ökologie dar. Die Union will dieses System deshalb zu einem globalen System weiterentwickeln. Die **FDP** erklärt, vorrangiges Ziel sei ein globaler Kohlenstoffmarkt. Der Emissionshandel müsse als zentrales Element kosteneffizienter Klimapolitik weiterentwickelt und auf alle Wirtschaftssektoren ausgeweitet werden. Die **SPD** sieht im Emissionshandel einen Eckpfeiler des EU-Klima- und Energiepakets. **Die Grünen** wollen den Emissionshandel weiterentwickeln, indem die Zertifikate vollständig versteigert und nach dem Luft- auch der Schiffsverkehr in das Handelssystem mit einbezogen wird.

Nach Auffassung der Partei **DIE LINKE** hingegen habe der EU-Emissionshandel als zentrales Klimaschutzinstrument der EU versagt. Die kostenlose Vergabe von Emissionsrechten habe zu jährlichen Mitnahmegewinnen der Stromkonzerne in Milliardenhöhe geführt und nicht zum Klimaschutz beigetragen. In Zukunft müssten Kraftwerke und Unternehmen drastisch verschärfte Vorgaben für den Klimagasausstoß erhalten. Ein Zukauf von Emissionsrechten aus anderen Teilen der Welt müsse ausgeschlossen werden. Klimaschutz dürfe nicht einem profitorientierten, undemokratischen und krisenanfälligen Markt überlassen werden. An die Stelle des Emissionshandels müssten deshalb radikale ordnungspolitische Eingriffe in die Energiewirtschaft treten.

7.4 Energiepolitik

Auf dem Feld der **Energiepolitik** ist die **CDU** überzeugt, dass in der EU zukünftig Energie immer effizienter genutzt, erneuerbare Energien verstärkt eingesetzt und

Arbeitsplätze in Bereich von Energieforschung und -technologie erhalten und geschaffen werden können. Landwirtschaft und ländliche Regionen in Europa sollen nach dem Willen der CDU von den neuen Möglichkeiten der Produktion von Bioenergie und nachwachsenden Rohstoffen profitieren können und damit gleichzeitig zu Umweltschutz und Energiesicherheit beitragen. Vor allem mit dem Blick auf Erdöl- und Erdgas-Ressourcen macht sich die CDU für eine „schlagkräftige Energieaußenpolitik“ der EU stark, weil die Versorgungssicherheit eine Aufgabe sei, die die Einflussmöglichkeiten einzelner Mitgliedsstaaten übersteige und nur gemeinsam durch die EU gelöst werden könne.

Die **FDP** fordert eine gemeinsame europäische Strategie zur Sicherung der Energieversorgung. Der Anteil der Erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch müsse nach dem Willen der Liberalen bis 2020 auf 20 Prozent ausgebaut werden, jedoch nicht auf Kosten der tropischen Regenwälder. Andererseits verlangt die FDP eine Senkung der Stromsteuer bzw. einen ermäßigten Mehrwertsteuersatz auf Energie, was in der Konsequenz einen höheren Energieverbrauch stimulieren würde. In die gleiche Richtung geht die Forderung nach „Streichung willkürlicher Verteuerungsinstrumente“ wie der Ökosteuer.

Nach Auffassung der **SPD** müsse eine ambitionierte und integrierte Klima- und Energiepolitik, die die Ziele Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und ökologische Nachhaltigkeit zusammenbringt, die gemeinsame europäische Antwort auf die voranschreitende Erderwärmung und knapper werdende Ressourcen sein.

Die Grünen treten für eine EU ein, die für eine sichere Energieversorgung sorgt. Sie setzen sich für den Umstieg der EU zu 100 Prozent auf Erneuerbare Energien bis zum Jahr 2040 ein und wollen ein europaweites Stromeinspeisungssystem für erneuerbare Energien einführen. Sie plädieren für die konsequente Förderung und den Umstieg auf Erneuerbare Energien, für mehr Energieeffizienz und für mehr Energieeinsparung. Nur so könne Europa seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2050 um 80 bis 95 Prozent reduzieren, nur so sei der Klimawandel wirksam zu bekämpfen. Für die sofortige Umstellung des Umgangs mit Energie auf Nachhaltigkeit schlagen *Die Grünen* eine Europäische Gemeinschaft für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz (ERENE) als Alternative zu EURATOM vor, die sie abschaffen wollen.

Eine derartige neue und konsequente Energiepolitik schaffe neue Sicherheit. Sie mache die EU unabhängiger von steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, freier von machtpolitischen Spielchen der Förderländer, weniger betroffen von den Entwicklungen in Krisenregionen und schütze am besten gegen atomare Risiken und nuklearen Terror. „Mit einer Energiepolitik, die auf Einsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien setzt, sichern und schaffen wir nachhaltig Arbeitsplätze und stärken regionale Wirtschaftskreisläufe.“

Energiemonopole sollen entflochten und Stromerzeugung und Betrieb der Übertragungsnetze getrennt werden. *Die Grünen* plädieren für eine weitsichtige europäische Energieaußenpolitik, die Energiequellen und -routen diversifiziert und auf internationale Zusammenarbeit setzt. Den Weg der militärischen Absicherung der Energieversorgung, wie sie im Weißbuch der EU gefordert wird, lehnen sie entschieden ab.

DIE LINKE fordert (ähnlich wie *Die Grünen*), den Umbau des Energiesystems hin zu erneuerbaren Energien bei gleichzeitig effizienterem und sparsamerem Umgang mit Energie zu beschleunigen. Nur so ließen sich die Folgen des Klimawandels begren-

zen. Nur so sei auch bezahlbare Energie langfristig gewährleistet. Der Verteilungskampf um die letzten fossilen Energiereserven habe zudem auch in der EU zu einer Militarisierung der Energieaußenpolitik geführt. Eine Abkehr von der fossil-atomaren Energieversorgung sei daher auch eine zentrale friedenspolitische Investition.

DIE LINKE setzt sich überdies dort für ökologisch gewichtete Energie- und Ressourcensteuern ein, wo andere Instrumente nicht greifen. Dafür müssten Bürgerinnen und Bürger sozial gerecht an anderer Stelle finanziell entlastet werden. In Kooperation mit den Entwicklungsländern sollte die EU den Einstieg in eine sozial und ökologisch nachhaltige Energiewirtschaft global befördern.

Um eine Energiewende zu ermöglichen, müssten nach Meinung der LINKEN in der Energiewirtschaft die Oligopole bei den Erzeugern und Netzbetreibern entflochten und die Strom- und Gasnetze in die öffentliche Hand überführt werden. Zentrale Elemente der Energieversorgung müssten in die Hände der Kommunen übergehen. Dafür seien Spielräume auf EU-Ebene zu schaffen. Bis zum Jahr 2020 sollte der Anteil erneuerbarer Energie am EU-Energieverbrauch 25 Prozent betragen.

DIE LINKE sieht in einer radikalen Energiewende hin zu erneuerbaren Energien die Voraussetzung für eine friedliche Energieaußenpolitik. Eine militärische Sicherung von Rohstoffen, eine „Energie-NATO“ sowie einseitige Energiesicherungsklauseln lehnt sie ab. Eine stabile Energieversorgung Europas beruhe auf der langfristigen Kooperation mit Russland. Die Nabucco-Pipeline und die Energiecharta seien nicht geeignet, eine stabile Energiepartnerschaft mit Russland zu begründen: „Sie spalten Europa.“ DIE LINKE fordere dagegen einen Energiedialog unter dem Dach der UNO oder der OSZE.

7.5 Nutzung der Kernkraft und fossiler Energieträger

Zu den Hauptstreitpunkten auf dem Gebiet der Energiepolitik gehört die Frage der Nutzung der **Kernkraft** und der Nutzung **fossiler Energieträger**. Während die **FDP** und die **SPD** die Frage offen lassen, erklärt die **CDU**, auf absehbare Zeit sei die EU auf die Nutzung fossiler Energieträger und der Kernkraft angewiesen, wenn sie Wohlstand und wirtschaftliches Wachstum beibehalten wolle. Fossile Energieträger würden auch in Zukunft in großem Umfang in die Europäische Union importiert werden müssen. „Die CDU wird sich deshalb für eine europäische Energiestrategie einsetzen, die den Einfluss der EU auf den globalen Energiemärkten erhöht“, heißt es in geradezu imperialem Ton.

Die Grünen bekräftigen hingegen ihre Forderung, den Ausstieg aus der Atomkraft europaweit durchzusetzen, und verlangen die Abkehr von Öl und Kohle. Sie fordern ein Moratorium für neue Kohlekraftwerke, solange die Technologie der CO₂-Abscheidung und -Speicherung nicht erprobt, langfristig sicher, umweltverträglich und ökonomisch einsetzbar ist.

Wie *Die Grünen* wendet sich auch **DIE LINKE** gegen den Neubau von Kohlekraftwerken und fordert den unverzüglichen und unumkehrbaren Ausstieg aus der Atomwirtschaft. Der EURATOM-Vertrag sei zu beenden, und die beträchtlichen Fördermittel für die Atomforschung seien für eine Abkehr vom fossil-nuklearen Energiesystem einzusetzen. Die fortgesetzte Nutzung der Atomenergie sowie der Bau neuer fossiler Großkraftwerke würden zudem den Übergang zu den erneuerbaren Energien behin-

dern und die monopolistischen Marktstrukturen zementieren. Beides widerspreche der Forderung nach einer Energiewende.

7.6 Bio- und Gentechnologien

Aussagen zu **Bio- und Gentechnologien** finden sich bei der FDP, bei den *Grünen* und bei den LINKEN, aber auch bei der CSU. Während die FDP prinzipiell für deren Nutzung eintritt, vertreten die drei anderen Parteien hierzu – in sich differenzierte – ablehnende Positionen. CDU und SPD schweigen zu diesem Thema.

Im Unterschied zur CDU unterstreicht die **CSU** in ihrem Wahlprogramm-Entwurf, man wolle die Entscheidung über den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen selbst treffen. Und sie erklärt dann, dass sie den (wörtlich!) „kommerziellen Anbau grüner Gentechnik“ in Bayern ablehnt.

Die **FDP** erklärt, dass sie Denkblockaden und ideologische Fixierung auf bestimmte Technologien ablehne. Stammzellenforschung und Grüne Gentechnik, Biotechnologie und Nanotechnologie dürften nicht stigmatisiert, sondern müssten in wettbewerblichen Verfahren unter transparenten Rahmenbedingungen gefördert werden. Insbesondere die Grüne Gentechnik sollte verantwortbar genutzt werden.

Die Grünen sind für Vielfalt auf dem Acker, plädieren für freies Saatgut, wenden sich gegen die Erteilung von Patenten auf Leben und fordern dementsprechend eine Überarbeitung der Biopatentrichtlinie. Sie wenden sich gegen die Nutzung der Agro-Gentechnik und wollen ein EU-weites Verbot für Gentech-Pflanzen, die Mensch, Umwelt und gentechnikfreie Produktion sowohl in der konventionellen als auch in der biologischen Landwirtschaft gefährden.

DIE LINKE lehnt – ebenso wie *Die Grünen* – den Anbau genmodifizierter Pflanzen ab. Bis ein Verbot gentechnisch veränderter Pflanzen durchgesetzt sei, müsse eine lückenlose Kennzeichnung gentechnisch veränderter Produkte eingeführt werden, um echte Wahlfreiheit für Verbraucher und Produzenten zu schaffen. Die Partei wendet sich gegen eine Patentierung von Genen und in der Natur vorkommenden Substanzen. Des Weiteren seien Tierpatente und gentechnische Eingriffe in das Erbgut von landwirtschaftlichen Nutztieren zur unnatürlichen Leistungssteigerung durch eine geeignete EU-Gesetzgebung zu verbieten.

7.7 Weitere Fragen der Umweltpolitik

Auf **weitere Fragen der Umweltpolitik** (wie Artenschutz, Naturschutz, ökologischer Transport und Verkehr, Abfallwirtschaft usw.) gehen dezidiert nur *Die Grünen*, die FDP und DIE LINKE ein. Jedoch sind die Einzelaussagen, die in nicht wenigen Details übereinstimmen, vor dem Hintergrund der unterschiedlichen generellen Politikkonzepte zu bewerten. Während die FDP glaubt, der Markt sei *das* ideale Steuerungsinstrument, setzen *Die Grünen* auf einen Mix aus ordnungsrechtlichen und marktwirtschaftlichen Elementen. Dagegen betont DIE LINKE, die ebenfalls einen solchen Mix aus ordnungsrechtlichen und marktwirtschaftlichen Elementen in ihrem Instrumentenkasten bereithält, stärker Fragen des Eigentums an den Produktionsmitteln.

Die **FDP** fordert, die Artenvielfalt durch wirksamen Naturschutz zu sichern, den nicht-nachhaltigen Fischfang zu stoppen und den Lärmschutz auf der Schiene durch lärmabhängige Trassenpreise zu verbessern. Sie unterstützt einheitliche europäische Standards für die Genehmigung und den Betrieb für Industrieanlagen hinsichtlich der Emis-

sionsgrenzwerte durch eine Revision der Richtlinie über die integrierte Vermeidung und Verminderung der Umweltverschmutzung (IVU-Richtlinie). Im Schiffsverkehr müssten die Luftverunreinigungen durch Schwefel und Stickstoffemissionen gesenkt werden. Im Straßenverkehr würden elektrische Antriebe die Chance eröffnen, die CO₂-Emissionen des Straßenverkehrs substanziell und im Rahmen eines konsistenten Gesamtkonzepts zu verringern und Erneuerbare Energien besser im Verkehr nutzbar zu machen. Die energetische Verwertung von Abfällen dürfe nicht diskriminiert werden. Für Abwasser und Abfall müsse ein ermäßigter Umsatzsteuersatz sowohl für öffentliche als auch für private Anbieter eingeführt werden.

Die Grünen wollen die Natur und die biologische Vielfalt schützen und plädieren für einen Paradigmenwechsel hin zu einer nachhaltigen Landnutzung. Sie möchten den Tierschutz in Europa stärken und Tierversuche überflüssig machen. *Die Grünen* wollen nachwachsende Rohstoffe als eine wichtige Ressource für die Energiegewinnung und für den Ersatz von Erdöl in der Chemischen Industrie fördern. Aber: Für sie sei der Grundsatz „Nahrungsmittel zuerst“ (Food first) oberstes Gebot. Der Pflanzentreibstoff-Boom dürfe nicht die globale Ernährungssicherheit gefährden und den Hunger in der Welt verstärken. Die Partei will daher vorrangig das energetische Potential nutzen, das Reststoffe und Abfälle etwa aus der Ernährungs- und Landwirtschaft bieten, sowie die Energiegewinnung aus Kläranlagen, Deponien und Grubengas. *Die Grünen* seien entschieden gegen eine Ablagerung von CO₂ im Meer und im Meeresboden, solange die Unbedenklichkeit nicht nachgewiesen sei.

Die Grünen treten dafür ein, dass leistungsfähige öffentliche Verkehrsmittel das Rückgrat eines umweltverträglichen Mobilitätssystems werden. Beim Ausbau der Trans-europäischen Netze müsse Vorfahrt für die Schiene gelten. Dringend erforderlich sei die Beendigung der Preisverzerrung von Luft-, Schienen-, Straßen- und Schifffahrtsverkehr. Dazu gehörten eine europaweite LKW-Maut mit Mindestsätzen, die alle ökologischen und sozialen Kosten in den Transportpreis einrechne, und eine europaweite Kerosinbesteuerung, die mit der Abschaffung aller Steuerprivilegien im Flugverkehr zu verbinden sei. Die Partei fordert eine europaweite Absenkung der zulässigen Geschwindigkeiten auf maximal Tempo 120 km/h auf Autobahnen, maximal Tempo 80 km/h auf zweispurigen Landstraßen und in der Regel auf Tempo 30 km/h in Innenstädten und Wohngebieten.

DIE LINKE plädiert für eine grundlegende ökologische Neuausrichtung der Verkehrspolitik, bei der die Vermeidung von unnötigem Verkehr und der Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs (bei deutlich niedrigeren Fahrpreisen) Priorität genießen müssten. Der Güterverkehr müsse zunehmend von der Straße auf die Schiene gelenkt werden. Die Partei fordert strengere Verbrauchs- und Abgasnormen für neue Pkw und eine europaweite Abgabe auf fossile Kraftstoffe im Flug- und Schiffsverkehr. DIE LINKE tritt für eine ökologische Abfallpolitik ein. Sie wendet sich gegen die Überfischung der Meere und fordert ein grundsätzliches Verbot von Tierversuchen.

8. Bildungspolitik

Auf dem Gebiet der Bildungspolitik betonen alle Parteien die Notwendigkeit des verbesserten Zugangs zu Bildung und die Bedeutung des Erwerbs von Fremdsprachen in einem zusammenwachsenden Europa. Vor allem *Die Grünen* und die FDP setzen sich für die reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und von Teilleistun-

gen im Rahmen von Auslandsstudienaufenthalten innerhalb der EU ein. Aber nur DIE LINKE, die SPD und *Die Grünen* thematisieren, dass der Erwerb von Bildung nicht vom Geldbeutel abhängig sein dürfe, und nur DIE LINKE wendet sich gegen Privatisierungen im Bildungsbereich und gegen die Erhebung von Studiengebühren.

Nach dem Willen der **CDU** müssten auf dem Weg in die Wissensgesellschaft die EU-Mitgliedsstaaten ihre Bildungssysteme unter Wahrung ihrer Zuständigkeiten mit dem Ziel ausbauen, den Zugang zur Bildung zu verbessern und eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis herbeizuführen. Jedem EU-Bürger sollte insbesondere durch einen möglichst frühzeitigen Fremdsprachenunterricht und eine verstärkte Förderung von Auslandsaufenthalten die Möglichkeit eröffnet werden, neben seiner Muttersprache eine andere europäische Sprache zu erlernen.

Die **FDP** pocht in der Bildungspolitik auf das Subsidiaritätsprinzip: Die EU dürfe nicht die Zuständigkeit für Bildungspolitik bekommen. Die FDP betont, Bildung sei von jeher der Schlüssel zur Freiheit und zum gesellschaftlichen Aufstieg. „Wir brauchen ein flexibles und leistungsfähiges, intelligent organisiertes Bildungssystem.“ In Europa könnten wir von guten Beispielen und erfolgreichen Modellen lernen. Der Mehrsprachigkeit und der Anhebung der Sprachkompetenz müsse besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Nach Auffassung der FDP sollten exzellente Kenntnisse in Englisch zentraler Baustein jeglicher Bildungspolitik in Europa sein. Daher setzt sich die FDP für eine systematische Förderung des Fremdsprachenlernens für Kinder im spielerischen Kontext und für die Initiierung von Maßnahmen zur Sprachförderung ein, so dass langfristig alle Bürger neben ihrer Muttersprache und Englisch als wichtiger Verkehrssprache über praktische Kenntnisse einer weiteren Sprache verfügen.

Die FDP fordert die zusätzliche Förderung von COMENIUS (Schulbildung), ERASMUS (Hochschulbildung), LEONARDO DA VINCI (Berufliche Bildung) und GRUNDTVIG (Erwachsenenbildung). Sie verlangt Austauschprogramme für den Bereich des lebenslangen Lernens, die Steigerung der Internationalität in der Ausbildung durch Kooperation, Austausch und Anrechenbarkeit von Kompetenzerwerb und eine reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und Teilleistungen im Rahmen von Auslandsstudien.

Für die **SPD** ist Bildung und berufliche Weiterbildung ein besonderer Schwerpunkt ihrer Politik. Beide seien Schlüsselressourcen für qualitatives Wachstum und Innovation, gesellschaftliche Teilhabe und gleiche Aufstiegschancen: „Frühkindliche Erziehung, schulische und universitäre Bildung sowie berufliche Aus- und Weiterbildung dürfen nicht nur einer kleinen Minderheit vorbehalten sein, sondern müssen allen Menschen in der Gesellschaft offen stehen und in einen Prozess des lebenslangen Lernens einmünden.“ Die SPD fordert ein europäisches Recht auf Weiterbildung, das für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unabhängig von ihrem Qualifikationsniveau und von der Art ihres Arbeitsvertrages zu gelten habe.

Die SPD stehe weiterhin für einen europaweit deutlichen Ausbau von Betreuungsangeboten für Kinder durch mehr Kindertagesstätten und Kindergärten für die frühkindliche Erziehung ebenso wie durch mehr Ganztagschulen als umfassende Bildungsangebote für ältere Kinder und Jugendliche. Dies fördere Chancengleichheit. Die Partei will die bestehenden quantitativen Ausbauziele der EU durch qualitative Ziele bei der Kinderbetreuung ergänzen. Es gelte, allen Kindern (ungeachtet ihres sozialen Hintergrundes) gleiche Lebenschancen zu ermöglichen.

Die Grünen halten die aktive Förderung von Bildung, Forschung, Wissen und Kultur für den entscheidenden Baustein der Zukunftspolitik im Übergang zur Wissensgesellschaft. Es gehe ihnen um ein Europa mit gerechten Bildungschancen für alle; Mehrsprachigkeit sei stark zu fördern. Deshalb fordert die Partei eine Reformierung der EU-Haushaltspolitik, um mehr Ausgaben in Bildung zu investieren. Dazu sollen aus dem Topf für die Gemeinsame Agrarpolitik Finanzmittel in Bildung umgelenkt werden.

Grundsätzlich werben *Die Grünen* europaweit für den Ausbau von Bildungsangeboten analog dem skandinavischen Modell, um von Anfang an individuell und doch für alle zugänglich Bildung zu garantieren und Bildungsabschlüsse zu ermöglichen. *Die Grünen* fordern, Bildungs- und Berufsabschlüsse EU-weit anzuerkennen. Sie wollen eine europaweite Vereinfachung der Übertragbarkeit und Anerkennung von Qualifikationseinheiten. Grundbaustein für europaweite Mobilität sei die Anerkennung von Abschlüssen und Berufserfahrung. Die Aus- und Fortbildung sollte darum nach Auffassung der *Grünen* in allen Mitgliedsstaaten modular organisiert, die einzelnen Abschnitte nach dem „European Credit System for Vocational Education and Training“ (ECVET) zertifizierbar und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse sichergestellt sein. „Wer in einem Land eine Ausbildung durchlaufen oder einen Beruf ausgeübt hat, muss auch in anderen EU-Ländern die Möglichkeit haben, mit der gleichen oder vergleichbaren Tätigkeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen.“

„Wir wollen europaweit lebenslanges Lernen ermöglichen“, erklären *Die Grünen*. Lebens- und Lern-Erfahrungen im europäischen Ausland dürften keine Frage des Alters, des Bildungsgrades oder des Geldbeutels sein. Das Erlernen von Fremdsprachen sei dabei ebenso wichtig wie Praktika, Freiwillige Ökologische und Soziale Jahre, Arbeiten oder Studieren in einem anderen Land oder die Teilnahme an multinationalen Veranstaltungen. Die Partei will allen (und nicht nur Studierenden) die Möglichkeit geben, bis zu zwölf Monate im europäischen Ausland zu lernen oder im Rahmen von Freiwilligenprojekten gemeinnützig zu arbeiten. Sie macht sich auch für Austauschprogramme stark, die insbesondere Kinder und Jugendliche aus sozial schwächeren Familien berücksichtigen. Zudem stehen sie für die Förderung und die Weiterentwicklung des europäischen Studierendenaustauschs (wie z.B. die ERASMUS-Programme).

DIE LINKE macht sich für eine Bildungspolitik stark, die Menschen in die Lage versetzen soll, eigenständig ihren Lebensweg zu gestalten. Sie solle Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln, um die Gesellschaft zu verändern und Fortschritt zu gestalten. DIE LINKE setzt sich für einen demokratischen Zugang zu Bildung ein. Bildung auf ihre wirtschaftliche Nutzbarmachung zu reduzieren und weiter zur Privatisierung, lehnt sie ab. Sie tritt für ein Umsteuern in der europäischen Bildungspolitik ein. Die schrittweise Privatisierung von Bildungseinrichtungen und das Herausbilden einer kleinen europäischen Bildungselite müssten gestoppt werden. Die Partei tritt daher gegen Privatisierungen im Bildungsbereich ein und lehnt Studiengebühren ab. Bildung sei ein Menschenrecht und keine Ware. Sie müsse allen Menschen – unabhängig von ihrer kulturellen und sozialen Herkunft – offen stehen. Bildung sei ein öffentliches Gut und müsse in öffentlicher Verantwortung gestaltet und solidarisch finanziert werden.

Die Partei streitet für ganzheitliche Berufsausbildungen, die jungen Menschen eine breite Basis für ihren Berufsweg geben. Humanisierung der Arbeit, Demokratisierung

und Partizipation müssten Leitziele der allgemeinen und beruflichen Bildung sein. DIE LINKE setzt sich dafür ein, dass Lehrende und Lernende sich über die Landesgrenzen hinweg austauschen, international mobil sind und über den Tellerrand schauen. Damit sich nicht nur Jugendliche aus finanzstarken Elternhäusern während der Ausbildung einen Auslandsaufenthalt leisten können, müssten die Förderprogramme der EU ausgebaut und gerade für finanziell Schwächere attraktiver gemacht werden.

9. Bürgerrechte und Demokratie

9.1 Generelles Herangehen an Bürgerrechte und Demokratie

In der Frage von **Bürgerrechten und Demokratie** zeigt sich ein tiefer Graben zwischen den *Grünen*, der LINKEN, der FDP und – mit gewissen Abstrichen – der SPD auf der einen Seite und der CDU auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisieren, ist dies für die Union kein Thema. Vielmehr laufen die von ihnen anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus.

Die **CDU** verspricht zwar einerseits, sich für eine offene Gesellschaft einzusetzen. Dieses Leitbild bleibe Maßstab und Verpflichtung für eine europäische Innenpolitik, die sich den Bedrohungen von Freiheit und Recht durch Terrorismus, Organisierte Kriminalität und Extremismus entschieden entgegenstelle und zugleich für Toleranz, Rechtsstaatlichkeit und die Universalität der Menschenrechte eintrete. Andererseits meint die CDU, die europäische Einigung, die uns mehr Freiheit bringe, dürfe nicht zu einem Verlust an Sicherheit führen. Damit begründet die Partei ihr Eintreten für eine Stärkung der Zusammenarbeit im Sicherheitsbereich (FRONTEX, grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit mit gemeinsamen Polizeizentren, europaweit abrufbaren Fahndungsausschreibungen und dem Abgleich von Ermittlungsdaten). Informationsaustausch und ein einheitlich hohes Niveau des Datenschutzes in Europa müssten allerdings Hand in Hand gehen.

Die **FDP** erklärt, sie wolle eine EU, die demokratischer, verständlicher und handlungsfähiger werde. Sie hält den Schutz der Grundrechte der Bürger für unverzichtbar. Gerade im Bereich der europäischen Innen- und Justizpolitik sei hier erhöhte Wachsamkeit geboten. Europa schade sich selber, wenn es mit der Einführung immer neuer Strafvorschriften und der anlass- und verdachtsunabhängigen Speicherung unseres Kommunikationsverhaltens und zahlreicher weiterer höchstpersönlicher Daten identifiziert werde. „Unsere Vision ist die eines Europas der Bürger.“

Die FDP fordert die bedingungslose Verbindlichkeit der EU-Grundrechtecharta in allen EU-Mitgliedstaaten und den Beitritt der EU zur Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) schnellstmöglich zu vollziehen. Die FDP verlangt in allen europäischen Rechtsgebieten einen wirksamen Datenschutz, die Rücknahme der Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung und die Überarbeitung des Fluggastdaten-Abkommens mit den USA sowie Verzicht auf eine Fluggastdatensammlung für innereuropäische Flüge. Die FDP fordert die Entwicklung eines umfassenden europäischen Konzepts gegen den Menschenhandel, einen effektiven gemeinsamen europäischen Grenzschutz unter strikter Einhaltung des Datenschutzes, der EMRK sowie des Völkerrechts.

Die **SPD** wirbt für „eine freie Gesellschaft mit starken Bürgerrechten“. Die EU-Grundrechtecharta mit ihrem umfänglichen Bestand an sozialen Grundrechten müsse daher endlich Rechtsverbindlichkeit erlangen. „Die EU-Grundrechtecharta ist damit Inbegriff einer gemeinsamen europäischen Werteordnung, in deren Mittelpunkt nicht der Markt, sondern der Mensch steht.“ Hinzutreten müsse eine aktive Menschenrechtspolitik der EU nach außen, die politikfeldübergreifend als integraler Bestandteil der europäischen Außenpolitik zu verankern sei. Zur Stärkung zentraler Grundrechte plädiert die SPD für einen europaweit verbesserten Datenschutz, für die Erleichterung und Förderung der Ausübung derjenigen Rechte, die aus der EU-Unionsbürgerschaft erwachsen, wie des Rechts auf Freizügigkeit, des Europawahlrechts und des Rechts zur Teilnahme an den Kommunalwahlen.

Aber mit der Begründung, die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger in Europa wirksam zu gewährleisten, hält die SPD insbesondere im Kampf gegen den Terrorismus, gegen die organisierte Kriminalität sowie gegen Drogen- und Menschenhandel eine enge Zusammenarbeit im Rahmen der EU für zwingend erforderlich. In diesem Kontext will die SPD (ähnlich wie die CDU) die polizeiliche Zusammenarbeit weiter verbessern, die Befugnisse von EUROPOL ausweiten, die europäische Grenzschutzagentur FRONTEX stärken, den Informationsaustausch zwischen den Polizei- und Sicherheitsbehörden der Mitgliedstaaten erleichtern und eine bessere Koordinierung der Strafverfolgungsbehörden (Stichwort: EUROJUST) erreichen. Für die SPD stehe dabei jedoch unverrückbar fest: „Die Grundsätze des freiheitlichen Rechtsstaates, das Völkerrecht und die Menschenrechte, gerade auch das Folterverbot, müssen als unverbrüchlicher Rechtskanon dem politischen Handeln auf nationaler, europäischer wie internationaler Ebene klare Grenzen setzen. Sicherheit darf nicht um den Preis der Freiheit verwirklicht werden.“

Die Grünen kämpfen für eine EU, die sich um den Schutz der Bürgerrechte und Daten kümmert, für eine EU, die wirklich demokratisch, transparent und bürgernah ist. Sie sprechen sich dafür aus, dass das Europäische Parlament volle Rechte erhält, vor allem das Gesetzesinitiativrecht und die umfassende Haushaltskompetenz. *Die Grünen* wollen endlich den Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit geben, ihre Grundrechte auch gegen Akte der Europäischen Union einklagen zu können. Sie wollen ein Europa, das Freiheit garantiert und die Menschen schützt – nicht nur gegen Terror und Kriminalität, sondern auch gegen die Neugierde von Unternehmen und die wachsende Datensammelwut von staatlichen Behörden und den Überwachungsstaat. Sie wollen das Recht auf Privatsphäre schützen und verlangen den sofortigen Stopp der Vorratsdatenspeicherung in ganz Europa. „Es darf keine Erosion von menschenrechtlichen Standards im Kampf gegen den Terrorismus geben, sonst verlieren wir am Ende Freiheit und Sicherheit.“

Ein weiterer Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden und der gegenseitigen Anerkennung von Urteilen und Anordnungen im Strafverfahren müsse mit verbindlichen, europaweit geltenden Verfahrensrechten für grenzüberschreitende Strafverfahren einhergehen. Das Europäische Parlament solle hierbei mitentscheiden können. *Die Grünen* wollen die Unionsbürgerschaft mit Leben füllen und dazu den Menschen, wenn sie in einem anderen EU-Staat länger als fünf Jahre leben, das Recht geben, die dortige Regierung mit zu wählen. Sie plädieren für eine europaweit einheitliche Absenkung des aktiven Wahlalters bei kommunalen, nationalen und europäischen Wahlen auf 16 Jahre.

DIE LINKE betont: „Wir wollen eine Europäische Union mit demokratischen Institutionen und transparenten Entscheidungsprozessen.“ Die Verteilung der Kompetenzen sei so zu regeln, dass die dezentralen Möglichkeiten politischer Selbstverwaltung und die gemeinsame Handlungsfähigkeit der Union zugleich gestärkt werden. Die Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips müsse wirksam kontrolliert werden. Das Europäische Parlament müsse gleichberechtigt mit dem Rat entscheiden können und das Initiativrecht erhalten. Kommissionspräsident und Europäische Kommission sollten direkt durch das Parlament gewählt werden. Die direkte Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am europäischen Entscheidungsprozess müsse nach dem Willen der LINKEN möglich werden. Die EU-Institutionen (Rat, Kommission und Parlament) müssten sich für die Beteiligung der Zivilgesellschaften öffnen, die so die Möglichkeit erhalten würden, deren Entscheidungen zu kontrollieren.

Die Partei fordert, dass die Europäische Charta der Grundrechte für alle Menschen, die ihren Lebensmittelpunkt in einem EU-Mitgliedstaat haben, rechtsverbindlich und individuell einklagbar werden müsse. Sie sei weiterzuentwickeln und zu einem Instrument auszubauen, das die individuellen, sozialen und politischen Grundrechte umfassend und vorbehaltlos garantiert. DIE LINKE spricht sich für die Schaffung der Möglichkeit aus, eine Unionsbürgerschaft zu erwerben.

DIE LINKE wendet sich gegen die angestrebte Art der verstärkten Zusammenarbeit der Polizei- und Sicherheitsdienste und dagegen, dass im Namen des „internationalen Kampfes gegen den Terrorismus“ Freiheitsrechte der Einzelnen beschnitten und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht gewahrt werden. Sie lehnt grundsätzlich biometrisch aufbereitete Fotos, Fingerabdrücke, Vorratsdatenspeicherung oder Datenweitergabe ab. Die Partei ist gegen die Umwandlung von EUROPOL in eine Agentur der EU, setzt sich für die volle parlamentarische Kontrolle über EUROPOL und EUROJUST ein und wendet sich gegen operative Kompetenzen dieser Institutionen. DIE LINKE betont: „Terror ist durch nichts zu rechtfertigen und muss entschieden bekämpft werden. Allerdings darf er nicht instrumentalisiert werden, um Menschen- und Bürgerrechte einzuschränken und Kriege zu legitimieren.“ DIE LINKE erklärt, sie wolle eine Europäische Union, in der Rechtsstaatlichkeit, Freiheit und Sicherheit garantiert seien und die Bekämpfung von Kriminalität nicht zulasten der Grund- und Menschenrechte gehe.

9.2 Direkte Demokratie

Zur Frage von **Volksentscheiden und anderen Instrumenten der direkten Demokratie** nehmen die im Bundestag vertretenen Parteien sehr unterschiedliche, ja gegensätzliche Positionen ein. Während sich die FDP, *Die Grünen*, DIE LINKE und die CSU für die Einführung von Volksentscheiden einsetzen, lehnt die CDU dies ab. Die SPD geht auf diese Frage nicht ein.

Die **CDU** behauptet zwar, ein bürgernahes Europa verwirklichen zu wollen. Während die **CSU** unter dieser Maxime Volksabstimmungen zu zentralen Themen der Europa-Politik fordert, lehnt die CDU dies jedoch als populistisch ab. Pikant am Standpunkt der CSU ist allerdings, dass sie dieses Instrument der direkten Demokratie nur auf der EU-Ebene befürwortet, ganz offenbar mit dem Hintergedanken, Volksentscheide zur Verhinderung weiterer EU-Beitritte (insbesondere gegen den der Türkei) nutzen zu können.

Nach Meinung der **FDP** sollte in den EU-Verträgen die Möglichkeit verankert werden, dass die Bürgerinnen und Bürger über Fragen, die für die Fortentwicklung der Union von grundlegender Bedeutung sind, einen EU-weiten Volksentscheid herbeiführen können. Dies gelte im Besonderen auch für die Schaffung einer echten EU-Verfassung, für die sich die FDP einsetze.

Die Grünen wollen durch die Einführung eines europäischen Bürgerbegehrens, europäischer Bürgerentscheide und EU-weiter Referenden die Möglichkeiten der Menschen erweitern, ihre Interessen besser durchzusetzen und neben der parlamentarischen die direkte Demokratie stärken.

DIE LINKE spricht sich für obligatorische Volksentscheide über EU-Grundlagenverträge, über eine Verfassung der Europäischen Union und über zukünftige Änderungen einer EU-Verfassung aus. Über eine EU-Verfassung müsse zeitgleich in jedem EU-Mitgliedsstaat in einem Referendum abgestimmt werden. Außerdem müssten die Bürgerinnen und Bürger das Recht erhalten, EU-weit über BürgerInneninitiativen, -begehren und -entscheide auf europäische Entscheidungen wirksam Einfluss zu nehmen.

9.3 Reformvertrag von Lissabon

Alle untersuchten Parteien positionieren sich in ihren Wahlprogrammen zum **Reformvertrag von Lissabon**. Während ihn aber CDU, FDP, SPD und *Die Grünen* für einen Schritt in die richtige Richtung halten, lehnt **DIE LINKE** diesen Vertrag konsequent ab.

Die **CDU** stehe für eine Europäische Union als eine Politische Union der Bürger und der Mitgliedsstaaten, die auf gemeinsamen Werten und dem europäischen Menschenbild aufbaue, das maßgeblich durch Christentum, Judentum, Antike und Aufklärung geprägt sei. Die Charta der Grundrechte sei ein Ausdruck dieser Werte. Daher will sich die CDU für den Abschluss des Ratifizierungsprozesses und die Umsetzung des EU-Reformvertrags von Lissabon einsetzen.

Die **FDP** betont in ihrem Wahlprogramm: „Über Bürger- und Freiheitsrechte, über Datenschutz und Migration, über Justizfragen und Grundrechtenschutz muss das Europäische Parlament mitentscheiden, nicht alleine die im Rat vertretenen Regierungen. Dies würde mit dem Vertrag von Lissabon erreicht, dessen Ziele wir vor allem deshalb auch weiterhin unterstützen.“ In diesem Kontext tritt die FDP für die Stärkung der demokratischen Komponente der europäischen Innen- und Justizpolitik durch den Ausbau der Beteiligungsrechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ein.

Der Reform-Vertrag von Lissabon, ist die FDP überzeugt, würde die Demokratisierung der Gemeinsamen Innen- und Justizpolitik, eine erhebliche Stärkung des Europäischen Parlaments und verbesserte Mitsprache- und Kontrollmöglichkeiten der nationalen Parlamente in EU-Angelegenheiten mit sich bringen. Die FDP fordert, mit oder ohne Vertrag von Lissabon die Rechte des Europäischen Parlaments (aber auch die der nationalen Parlamente) weiter zu stärken.

Die **SPD** betont, dass sie für „ein demokratisches und handlungsfähiges Europa“ eintritt. Daher plädiere sie dafür, „dass der Vertrag von Lissabon möglichst bald in Kraft tritt“. Auch wenn der Reform-Vertrag von Lissabon in seiner symbolischen Strahlkraft hinter dem Verfassungsentwurf des Europäischen Konvents zurückbleibe, greife er

doch dessen wesentliche Fortschritte für ein handlungsfähiges, demokratisches und bürgernahes Europa auf.

Die Grünen halten viele Errungenschaften aus dem Lissabon-Vertrag für wichtig, um die EU demokratischer und handlungsfähiger zu machen. Dieser Vertrag sei bei allen Schwächen ein erster Schritt in die richtige Richtung. Sollte der Lissabon-Vertrag scheitern, setzen sich *Die Grünen* für eine europaweite Volksabstimmung über die Grundrechtecharta ein.

DIE LINKE bekräftigt in ihrem Europawahlprogramm ihr Nein zum Vertrag von Lissabon, weil mit ihm zum einen die bisherige Politik der Wirtschaftsfreiheiten und des freien Wettbewerbs, der unkontrollierten Finanzströme, der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und zum anderen die Politik der Militarisierung der EU fortgesetzt werden sollen.

9.4 Schaffung einer echten Verfassung der Europäischen Union

Sowohl CDU und FDP als auch SPD, *Die Grünen* und DIE LINKE treten in ihren Wahlprogrammen – bei unterschiedlicher Akzentuierung – für die Schaffung einer **echten Verfassung** der Europäischen Union ein. Die **CDU** erklärt: „An dem langfristigen Ziel, eine Verfassung für die Europäische Union zu schaffen, halten wir fest.“ Sie will sich allerdings dafür einsetzen, dass in die Präambel einer solchen Verfassung ein Gottesbezug aufgenommen wird.¹ Die **FDP** schreibt in ihrem Programm (allerdings ohne dazu nähere Ausführungen zu machen), sie wolle sich für die Schaffung einer echten EU-Verfassung einsetzen.

Die **SPD** betont trotz ihres Eintretens für den Vertrag von Lissabon: „Unsere langfristige Perspektive für eine demokratische und handlungsfähige Europäische Union von morgen bleibt allerdings eine echte europäische Verfassung.“ Sie müsse Fundament einer föderalen, demokratischen Bürgerunion sein. **Die Grünen** halten fest an ihrem Ziel einer echten europäischen Verfassung. Ihr Ziel sei ein schlanker Grundagentext, der sich auf Werte und Ziele der Union, Grundrechte, Symbole und Regeln zu den Institutionen beschränke, der die Bürgerrechte samt den sozialen Rechten garantiere und ökologische Nachhaltigkeit durchsetze. „Eine solche Verfassung sollte in einem demokratischen, transparenten und europäischen Prozess entstehen und durch europaweite Referenden legitimiert werden.“

DIE LINKE ist der Auffassung, dass die EU eine andere vertragliche Grundlage benötigt: eine EU-Verfassung, die von den Bürgerinnen und Bürgern mit gestaltet wird und über die zeitgleich in jedem EU-Mitgliedstaat in einem Referendum abgestimmt werden müsse. Demokratie, Sozialstaatlichkeit, Frieden und Rechtsstaatlichkeit müssten gleichrangige verfassungsrechtliche Werte und Ziele der EU sein. Die EU müsse auf konsequente Durchsetzung dieser Ziele, auf Solidarität, Toleranz, Menschenrechte, Säkularisierung und Gleichberechtigung der Geschlechter verpflichtet werden. In der europäischen Politik müssten die Menschenrechte und die Grundfreiheiten, die zur gemeinsamen Verfassungstradition gehören, Vorrang vor dem Markttradikalismus bekommen. Eine EU-Verfassung müsse in ihren Aussagen wirtschaftspolitisch neutral und gegenüber einer gemischtwirtschaftlichen Ordnung mit einem bedeutenden öffentlichen Sektor sowie künftigen Gesellschaftsentwicklungen offen sein. Eigentum habe auch sozialen Belangen, dem Umweltschutz und anderen Er-

¹ Die CSU geht im Unterschied zur CDU in ihrem Wahlprogramm-Entwurf nicht auf diese Frage ein.

fordernissen des Gemeinwohls zu dienen. In die Verfassung gehöre das Prinzip der Gewaltenteilung und der Trennung von Polizei, Geheimdiensten und Militär.

9.5 Angleichung der Rechtsordnungen der EU-Mitgliedsstaaten

Die Frage der **Angleichung der Rechtsordnungen** der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wird vor allem von der CDU, der FDP und den *Grünen* thematisiert. Bei der SPD und bei den LINKEN spielt diese Frage faktisch kaum eine Rolle.

Die **CDU** betont, dass eine Angleichung der Rechtsordnungen im Zivilrecht in der EU Voraussetzung für einen funktionierenden, starken Binnenmarkt sei. Dabei müssten die Grundprinzipien der nationalen Rechtsordnungen gewahrt und rechtliche Standards der Mitgliedstaaten respektiert werden. Deshalb begrüßt die CDU einen Europäischen Referenzrahmen für das Zivilrecht. Allerdings dürfe eine europäische Antidiskriminierungspolitik nicht zur Aushöhlung der Vertragsfreiheit als Grundlage unserer Zivilrechtsordnung und zu mehr Bürokratie führen. Die CDU setzt sich in diesem Kontext auch dafür ein, dass das Verbraucherrecht in der EU vergleichbar wird und vorhandene Lücken geschlossen werden.

Die **FDP** verlangt die verbindliche Festschreibung europaweiter Mindeststandards für Beschuldigte in Strafverfahren (mindestens auf dem Niveau der Europäischen Menschenrechtskonvention). Sie setzt sich für das Recht der Streitparteien ein, bei allen Rechtsinstrumenten des Internationalen Privatrechts – auch im Familienrecht – das international zuständige Gericht und das anzuwendende Recht selbst zu wählen. Die FDP fordert die verstärkte Nutzung von befristeten Rechtsakten und Evaluierungsmechanismen in der EU-Gesetzgebung und die institutionelle Absicherung des Grundrechtsschutzes durch die Trennung von Innen- und Justizpolitik in der EU-Kommission mit einem eigenen EU-Justiz- und Grundrechtekommissar. Die volle gerichtliche Überprüfbarkeit aller gesetzgeberischen Maßnahmen der EU durch den Europäischen Gerichtshof (EuGH) müsse garantiert werden.

Die **SPD** tritt für ein Mindestmaß an Sicherung von Strafverfahrensrechten in allen EU-Mitgliedstaaten ein.

Nach Auffassung der **Grünen** müsse Europa als Raum der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit weiter ausgebaut werden. Dazu gehöre die Harmonisierung von Verfahrensgarantien auf EU-Ebene sowie die Gewährleistung effektiven Rechtsschutzes bei allen hoheitlichen Maßnahmen. *Die Grünen* treten für ein Europa als Raum der Freiheit und Rechtsstaatlichkeit, mit gleichen Grundrechten und Rechtsstandards auf höchstem Niveau ein. Jeder EU-Bürger und jede EU-Bürgerin müsse sich in jedem Mitgliedsstaat auf gleichem rechtsstaatlichem Niveau gegen staatliche Eingriffe wehren können.

Unterschiedliche Rechtssysteme in den Mitgliedsstaaten dürften die Bürgerinnen und Bürger nicht daran hindern, ihre Interessen wahrzunehmen und von ihren Rechten Gebrauch zu machen. *Die Grünen* finden es richtig, dass in Fragen der Justiz-, der Rechts- und der Innenpolitik die EU stärker als früher zusammenarbeitet. Diese Zusammenarbeit dürfe aber nicht einseitig zulasten der bürgerlichen Freiheiten und Rechte gehen. Ziel der *Grünen* sei eine europäische Justiz- und Innenpolitik, die ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Freiheit, Sicherheit und Recht wahre. Zum Schutz vor staatlichen Eingriffen auf der Grundlage von EU-Recht seien eine rechtsverbindliche Grundrechtecharta, ein effektiver Rechtsschutz sowohl durch die nationalen

Gerichte als auch den Europäischen Gerichtshof und verbindliche Verfahrensrechte für Beschuldigte in einem grenzüberschreitenden Strafverfahren notwendig.

EUROPOL müsse demokratisch kontrolliert, EUROJUST besser koordiniert und eine europäische Strafverteidigung aufgebaut werden. *Die Grünen* befürworten die Ausweitung der Zuständigkeiten von EUROJUST auf die Bekämpfung grenzüberschreitender Steuerhinterziehung. Für sie sei es aber absolut notwendig, dass bei zunehmender Kompetenz der EU für Justiz und Inneres die Sicherheitspolitik von der Justizpolitik getrennt wird. *Die Grünen* setzen sich für den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher ein und wollen Verbraucherrechte als neue Generation der Bürgerrechte stärken und ausbauen. Sie wollen die Möglichkeit von Sammelklagen und ein Verbandsklagerecht in der EU einführen.

DIE LINKE stehe für einen EU-weiten Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher auf hohem Niveau. „Wir engagieren uns für die Erweiterung von Informations-, Kontroll- und Klagerechten der Konsumentinnen und Konsumenten.“ **DIE LINKE** setzt auf eine Harmonisierung von rechtsstaatlichen Standards auf hohem Niveau.

9.6 Migrations- und Flüchtlingspolitik

Fragen der **Migrations- und Flüchtlingspolitik** werden in allen untersuchten Wahlprogrammen aufgegriffen. Während sich vor allem **DIE LINKE** und *Die Grünen* in ihren Wahlprogrammen für die Rechte von Flüchtlingen und Migranten einsetzen und deren Lage verbessern wollen, setzt die CDU, aber auch die SPD, auf Begrenzung von Einwanderung. Beide Parteien stellen dabei die ökonomischen Interessen der EU-Mitgliedsstaaten in den Vordergrund.

Die **CDU** tritt in der Einwanderungspolitik für eine unter ökonomischen Gesichtspunkten gesteuerte Zuwanderung ein. Der Kampf gegen illegale Migration könne nur als Teil eines europäischen Gesamtansatzes zur Steuerung und Begrenzung von Migration Erfolg haben. Durch Partnerschaften mit den Herkunfts- und Transitländern will die Partei die Fluchtursachen vor Ort bekämpfen.

Die **FDP** fordert die Entwicklung einer gemeinsamen Asyl- und Einwanderungspolitik unter Wahrung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten mit dem Ziel, das Recht auf Asyl in allen Staaten der EU zu gewährleisten und eine Inanspruchnahme auch tatsächlich zu ermöglichen.

Die **SPD** tritt für eine gemeinsame und integrierte europäische Einwanderungs- und Asylpolitik ein. Neben den an erster Stelle stehenden ökonomischen Interessen der EU müssten jedoch gleichermaßen entwicklungspolitische und menschenrechtliche Aspekte sowie die Interessen der Herkunftsländer und der Migrantinnen und Migranten Beachtung finden.

Die Grünen treten für eine europäische Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik ein, die auf der Europäischen Menschenrechtskonvention und der Genfer Flüchtlingskonvention basiert. Europa dürfe nicht als „Festung“ gegen Flüchtlinge abgeschottet werden, sondern müsse ein sicherer Zufluchtsort sein. Migration sollte auch aus ökonomischen Gründen nicht immer nur als Problem, sondern vor allem als Chance für ein vielfältiges Europa verstanden werden. „Wir wollen eine Einwanderungspolitik in der EU schaffen, die Einwanderung gestaltet, das Asylrecht schützt und Integration fördert. Grüne stehen für eine längerfristig angelegte Einwanderungspolitik - nicht nur für Höchstqualifizierte, die eine Bereicherung der EU in kultureller, demographischer

und auch ökonomischer Hinsicht darstellt.“ Sie wollen ein stimmiges Gesamtkonzept der EU, mit dem Fluchtursachen entgegengewirkt und gleichzeitig das Abwandern von qualifizierten Kräften aus Entwicklungsländern verhindert werden könne.

Die Grünen plädieren in diesem Kontext für eine gerechte und solidarische Teilung der Verantwortung bei der Flüchtlingsaufnahme innerhalb Europas unter Beachtung humanitärer Grundsätze. Das betreffe z. B. den Schutz Minderjähriger, das betreffe Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Identität verfolgt werden, und das betreffe die Berücksichtigung nichtstaatlicher Verfolgungsgründe, unter denen meist Frauen leiden. In dem Kontext fordert die Partei eine Reform der EU-Rückführungsrichtlinie. „Wir wollen keine Militarisierung der Außengrenzen oder eine Flüchtlingsabwehrpolitik, wie sie bisher durch die »Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen« (FRONTEX) vorangetrieben wird.“ *Die Grünen* fordern europaweit die Trennung von Polizei und Militär.

DIE LINKE verlangt hinsichtlich der Asyl- und Flüchtlingspolitik: „Das Grundrecht auf Asyl ist zu garantieren.“ Die Partei erklärt: „Die EU darf keine Festung sein, die Menschen in Not abweist!“ Deshalb fordert die Partei die Abschaffung der Grenzschutzagentur FRONTEX. An die Stelle kostspieliger Grenzkontroll-, Überwachungs- und Datenerfassungssysteme zur Abwehr „illegaler“ Migration müsse eine humanitäre Flüchtlingspolitik sowie eine andere Wirtschafts- und Handelspolitik zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Unterentwicklung als Ursachen von Flucht treten. **DIE LINKE** verlangt die umfassende Anerkennung geschlechtsspezifischer und nichtstaatlicher Verfolgung, Verfolgung aufgrund der sexuellen Identität, Kriegsdienstverweigerung, Desertion als Asylgrund.

Das gemeinschaftliche EU-Einwanderungsrecht dürfe nicht das Interesse der Wirtschaft an billigen Arbeitskräften in den Mittelpunkt stellen. Deshalb lehnt **DIE LINKE** die neue „Gastarbeiterpolitik“ in Form von „zirkulärer Migration“ und Blue Card ab. Sie fordert eine soziale Integrationspolitik, mit der Migrantinnen und Migranten tatsächlich eine Teilhabe an und in der Gesellschaft ermöglicht wird. Die Partei setzt sich für die erleichterte Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen aus Drittstaaten ein.

9.7 Haltung zum Rechtsextremismus

Angesichts der Gefahren, die von Fremdenfeindlichkeit und **Rechtsextremismus** für die Demokratie ausgehen, befassen sich die Wahlprogramme von SPD, *Grünen* und LINKEN mit diesem Problem. Dagegen ist diese Frage der **FDP** keine Zeile wert. Die **CDU** spricht im Sinne der Totalitarismus-Doktrin von „Extremismus“, dem sie sich entschieden entgegenstellen wolle.

Die **SPD** unterstreicht: „Mit größter Entschiedenheit stellen wir uns gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa.“ Gegenüber rechtspopulistischen und antieuropäischen Parteien und Gruppierungen in Europa will die Partei das liberale und weltoffene Erbe Europas verteidigen.

Es sei ein Kernanliegen der **Grünen**, jede Art von Diskriminierung und Rassismus zu bekämpfen. *Die Grünen* treten gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Homo- und Islamophobie auf. Sie wollen auf europäischer Ebene eine eigenständige Politik für Menschen mit Behinderung etablieren, die auf den Menschen- und Bürgerrechten

basiert. Sie treten für die Herstellung von Gleichberechtigung für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender in Europa ein.

DIE LINKE verlangt: „Neofaschismus, Fremdenhass, Rassismus, religiöser Fundamentalismus, Sexismus und Homophobie müssen europaweit geächtet werden.“ DIE LINKE fordert, faschistische Parteien überall in der EU zu verbieten.

9.8 Wirtschaftsdemokratie

Von allen untersuchten Parteien befassen sich nur die SPD, *Die Grünen* und DIE LINKE dezidiert mit Fragen der **Wirtschaftsdemokratie**. Dabei überwiegen die Gemeinsamkeiten in den Positionen dieser Parteien.

Die **SPD** postuliert ein Europa der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In diesem Kontext thematisiert sie vor allem die Mitbestimmung auf europäischer und internationaler Ebene. „Mitbestimmung auf europäischer und internationaler Ebene ist für uns ein Zukunftsthema.“ Die SPD will die Partizipation an wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen und ihre rechtlichen und praktischen Grundlagen auf europäischer Ebene offensiv vorantreiben. Die bereits durchgesetzten weitreichenden Mitbestimmungsstandards müssten Maßstab und Richtwert für die Weiterentwicklung des europäischen Gesellschaftsrechts insgesamt sein. Die Partei fordert dringend eine Richtlinie zur Sitzverlegung von Unternehmen, bei der die Wahrung von Mitbestimmungsstandards sichergestellt sein müsse.

Die Rechte der europäischen Betriebsräte müssten ausgebaut und ihre Gründung erleichtert werden. Nur handlungsfähige europäische Betriebsräte könnten verhindern, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus unterschiedlichen Ländern zum Nachteil beider Seiten gegeneinander ausgespielt werden. Erforderlich sei eine starke transnationale Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft in Europa und eine Rechtsgrundlage für grenzüberschreitende Tarifverhandlungen und Tarifverträge.

Die Grünen setzen sich auf diesem Feld dafür ein, dass Betriebsräte europäisch agieren können, wenn europaweit tätige Unternehmen ihre Unternehmenspolitik standortübergreifend formulieren. Das schließe stille Übernahmen und Teilübernahmen genauso ein wie Verlagerungen und Teilverlagerungen. Das europäische Kernstück für die betriebliche Mitbestimmung sei für *Die Grünen* eine Richtlinie für Europäische Betriebsräte, die sich ihres Namens als würdig erweist und einen gleichberechtigten fairen sozialen Dialog ermöglicht. Sie kämpfen für eine fünfte Antidiskriminierungsrichtlinie, die garantiert, dass es nicht nur im Arbeitsleben, sondern auch im Alltag einen umfassenden Schutz vor Diskriminierung gibt.

DIE LINKE unterstützt im Sinne der Wirtschaftsdemokratie die Forderung der europäischen Gewerkschaften, die EU-Verträge durch ein Protokoll mit einer sozialen Fortschrittsklausel zu ergänzen, die gleiche Löhne für gleichwertige Arbeit am gleichen Ort sichern soll. Die Mitbestimmungsrechte der Euro-Betriebsräte als Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten in Europa müssten insbesondere in wirtschaftlichen Angelegenheiten ausgeweitet und die Informations- und Konsultationsrechte der Beschäftigten rechtsverbindlich definiert werden. Vorbild dafür sei die Montanmitbestimmung. Das ungehinderte Streikrecht der Gewerkschaften, einschließlich des politischen Streiks, sei in allen Ländern Europas zu gewährleisten.

10. Europa in der Welt

10.1 Außen- und Sicherheitspolitik

In der **Außen- und Sicherheitspolitik** betonen alle Parteien – bis auf die CDU – die Bedeutung von Friedenssicherung und Abrüstung und den Gedanken, durch präventive diplomatische Schritte das Ausbrechen internationaler Konflikte zu vermeiden. Mit Ausnahme der LINKEN treten alle Parteien für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ein.

Die **CDU** formuliert in geradezu imperialer Sprache: „Nur durch ein einiges Europa können auch wir unsere Interessen in der Welt durchsetzen. Deshalb wollen wir eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Sie ist im Interesse unseres Landes und muss auf einer gemeinsamen Sicherheitsstrategie basieren.“ Diese müsse auch die Energie- und Rohstoffsicherheit umfassen sowie Anstöße für eine Welt mit immer weniger Waffen geben. Die Europäische Union müsse den Prozess der Globalisierung entsprechend ihrer Interessen und ihrer Werte sowie auf Grundlage ihrer Leistungskraft mitgestalten. Gerade in einer Welt, in der sich neue politische Machtzentren bildeten, sei es wichtig, dass Europa mit einer Stimme spreche.

Die **FDP** formuliert hinsichtlich der Rolle, die die EU in der Weltpolitik spielen sollte: „Die Europäische Union bleibt außenpolitisch noch weit hinter ihren Möglichkeiten zurück. Nur wenn die Mitgliedsstaaten das politische Gewicht Europas durch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), die diesen Namen auch verdient, zur Geltung bringen, können sie Freiheit, Sicherheit und Wohlstand in Europa dauerhaft sicherstellen.“ Die FDP fordert in diesem Kontext ein aktives Eintreten der EU für Menschenrechte und Demokratieförderung.

Multilaterale Lösungen würden für die Liberalen das erste Mittel der Wahl bleiben, um Interessenkonflikte zu bewältigen. Die FDP unterstützt daher die Doktrin des „Effektiven Multilateralismus“ der Europäischen Sicherheitsstrategie von 2003, setzt sich aber für eine regelmäßige Überarbeitung dieser Strategie ein, um die außenpolitische Grundlage der EU relevant und aktuell zu halten.

Rüstungskontrolle und Abrüstung seien als integrale Bestandteile der GASP unverzichtbar. Europa müsse sein politisches Gewicht für eine neue Abrüstungspolitik in die Waagschale werfen. Die deutliche weltweite Reduzierung der Nuklearwaffen aller Atomkräfte und die Beseitigung aller atomaren Kurzstreckenwaffen würden auf die Agenda neuer europäischer Abrüstungsinitiativen gehören. Die Europäer sollten bei der Ratifikation des angepassten KSE-Vertrages für konventionelle Rüstungskontrolle in Europa vorangehen. Es gelte, die Impulse einer europäischen Abrüstungspolitik gemeinsam auch in der NATO zu vertreten, damit wieder an die in den 80er Jahren bereits erfolgreiche Strategie der Vertrauensbildung durch eine konsequente Abrüstungspolitik und ständige Dialog- und Kooperationsangebote angeknüpft werden könne.

Europa müsse nach Auffassung der **SPD** in seiner Außenpolitik auf partnerschaftliche Lösungen setzen. Nicht multipolare Konfrontation, sondern multilaterale Kooperation sei das Gebot der Stunde. Die SPD setzt sich dafür ein, dass Europa und die EU „mit einer starken gemeinsamen Stimme für Abrüstung, Nichtverbreitung und Rüstungskontrolle im internationalen Maßstab eintreten“. Sie will, dass von Europa

der Impuls für eine neue Entspannungspolitik ausgeht. Langfristiges Ziel müsse dabei eine Welt ohne Atom- und Massenvernichtungswaffen sein.

Die Grünen treten für ein friedliches Europa ein, „das sich weltweit für die Schaffung und Bewahrung des Friedens und die gerechte Gestaltung der Globalisierung einsetzt“. Sie wollen die EU als Zivilmacht stärken. Die EU müsse zur Anwältin für weltweiten Frieden und Menschenrechte, für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung werden. Die Partei setzt sich in diesem Kontext auch für das Ziel eines kernwaffenfreien Europas und für die weltweite Ächtung und Abschaffung aller Atomwaffen und aller Atomwaffenversuche ein und fordert einen Verzicht auf einen nuklearen Erstschlag, ein internationales Verbot radioaktiver Munition und einen Verzicht auf den Aufbau des umstrittenen Raketenabwehrschildes in Polen und in der Tschechischen Republik.

Die Partei will eine Friedensagentur errichten, die den Aufbau rechtsstaatlicher Strukturen unterstützt, die Schaffung von Sicherheit, einer funktionierenden Justiz und Infrastruktur garantiert und nicht zuletzt ein Europäisches Ziviles Friedenskorps aufbaut. Die EU müsse der Krisenprävention und zivilen Konfliktbewältigung Vorrang in der gemeinschaftlichen Sicherheits- und Verteidigungspolitik geben. Die Europäische Union müsse sich aktiv an der Vorbeugung humanitärer Krisen und an der Wahrnehmung der Schutzverantwortung („Responsibility to Protect“) mit UN-Mandat beteiligen. Die Partei betont, dass sie eine Außenpolitik der EU, die nur als Deckmantel für die Machtpolitik einzelner Nationalstaaten dient, ablehnt. Die Europäische Union solle keine imperiale Militärmacht werden, die Ressourcen sichert, sondern Zivilmacht bleiben.

Die Mehrheit der Partei habe sich zu einer Neubewertung des Militärs durchgerungen, schreiben *Die Grünen* in ihrem Programm. Der Einsatz von Militär sei immer problematisch und sei unabhängig von seinen Zielen ein großes Übel. Die Partei würde daher militärischen „Konfliktlösungen“ eine Absage erteilen und auf zivile Krisenprävention setzen. Zur Friedenssicherung im Rahmen der UNO könne Militär zur Gewalteindämmung jedoch notwendig sein. Militär könne aber bestenfalls Friedensprozesse unterstützen und Zeitfenster für die Krisenbewältigung schaffen, nicht aber den Frieden selbst. Unter bestimmten Rahmenbedingungen könne Militär so einen notwendigen Beitrag zur Gewalteindämmung, Gewaltverhütung und Friedenskonsolidierung leisten.

DIE LINKE erklärt, Krieg dürfe kein Mittel der Politik sein, und will die begonnene Militarisierung der EU stoppen. Sie will eine europäische Verfassung, die die EU eindeutig auf die Sicherung des Friedens, auf zivile Konfliktlösungen und auf Abrüstung verpflichtet. Es sei dringend nötig, das Völkerrecht zu verteidigen und Krieg als Mittel der Politik dauerhaft vom europäischen Kontinent und aus der europäischen Politik zu verbannen: „Wir wollen eine friedliche Europäische Union, die im Sinne der Charta der Vereinten Nationen Krieg ächtet, die strukturell nicht angriffsfähig, frei von Massenvernichtungswaffen ist und sowohl auf den Ausbau militärischer Stärke als auch auf eine weltweite militärische Einsatzfähigkeit verzichtet. Wir setzen auf Abrüstung, zivile Kooperation und die Entwicklung partnerschaftlicher Beziehungen zu den Nachbarstaaten.“

DIE LINKE kritisiert die inkonsequente Menschenrechtspolitik der EU. Sie wendet sich entschieden gegen alle Bestrebungen, die Forderung nach Gültigkeit der Menschenrechte als Vorwand zu nutzen, um weltweit kapitalistische Verhältnisse zu er-

zwingen, multinationalen Konzernen den Zugang zu Rohstoffen und Energiequellen zu sichern oder völkerrechtswidrige Kriege gegen missliebige Staaten zu legitimieren: „Menschenrechte haben eine soziale und zivile – keine militärische – Logik.“ Nach Auffassung der Partei gibt es keine „humanitären“ Militärinterventionen. Daher lehnt DIE LINKE alle Kriegseinsätze (auch solche mit UN-Mandat) ab. Zur Frage einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union äußert sich die Partei nicht.

10.2 Internationale Wirtschafts- und Finanzordnung und Rolle internationaler Organisationen

Fast alle Parteien äußern sich zur *internationalen Wirtschafts- und Finanzordnung* und zur *Rolle internationaler Organisationen* wie der UNO, der Welthandelsorganisation (WTO), der Weltbank oder des Internationalen Währungsfonds (IWF). In der Regel sind sie sich darüber einig, dass deren Handlungsfähigkeit gestärkt werden solle. Bei der LINKEN gilt dies offenbar nur mit Blick auf UNO und OSZE; sie geht auf diese Fragen nicht direkt ein.

In Zeiten der Globalisierung, so die **CDU**, stehe die EU für wirtschaftliche und soziale Sicherheit. Mit ihrer Erweiterung von 15 auf 27 Staaten sei die Europäische Union politisch und wirtschaftlich endgültig zu einem „Global Player“ geworden: „Europa ist ein starker Akteur bei der Gestaltung der künftigen Weltordnung. Wir wollen einen gerechten Ordnungsrahmen für die globalisierte Wirtschaft durchsetzen und die EU für die Wahrnehmung dieser wichtigen Zukunftsaufgabe weiter stärken.“ Die CDU setzt sich dafür ein, die Handlungsfähigkeit, Transparenz und Effizienz der internationalen Organisationen wie IWF, Weltbank und WTO zu verbessern. Die EU solle bei der internationalen Durchsetzung der Spielregeln der sozialen Marktwirtschaft eine Vorreiterrolle übernehmen. Die CDU plädiert zudem für eine neue weltweite Ordnung der Finanzmärkte.

Die **FDP** erklärt: „Wir streben eine bessere Einbeziehung der aufstrebenden Mächte des 21. Jahrhunderts in die Strukturen globaler Governance an.“ Insbesondere China sei verstärkt in internationale Verantwortung einzubinden. Auch der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen müsse dringend erweitert werden, um die Legitimität der UNO zu erhöhen. Die Partei setzt sich für einen gemeinsamen europäischen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat im Rahmen einer Gesamtreform der UNO ein. Ein ständiger deutscher Sitz sei nur die zweitbeste Lösung, bis die Forderung nach einem europäischen Sitz Realität geworden sei. Die FDP fordert eine gemeinsame europäische Strategie zur Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung sowie der internationalen Handelsrouten.

Europa müsse nach dem Willen der **SPD** Träger einer neuen Hoffnung, eines neuen Versprechens für die Zukunft sein: „Für uns Sozialdemokraten ist dies die Überzeugung, dass Europa, politisch stark, wirtschaftlich erfolgreich und in Solidarität geeint, eine überzeugende Antwort auf die soziale Frage im globalen 21. Jahrhundert geben kann.“ Die EU müsse sich als handlungsstarker Akteur in den internationalen Beziehungen für eine friedliche und sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung einsetzen. Europa müsse Vorreiter und treibende Kraft für politische Gestaltung und partnerschaftliche Zusammenarbeit über nationalstaatliche Grenzen hinweg sein und auf diese Weise einer kooperativen Weltinnenpolitik den Weg bahnen. Die SPD setzt

sich für eine handlungsfähige UNO und für die weitere Stärkung von IWF, Weltbank, WTO und ILO und deren Kernarbeitsnormen ein.

Grüne Politik – so die Öko-Partei – setze auf einen kooperativen Multilateralismus von internationalen Institutionen, Nationalstaaten und Nichtregierungsorganisationen. **Die Grünen** betonen, dass die Vereinten Nationen für sie der zentrale Rahmen für eine an den Zielen des Friedens und der Verwirklichung der Menschenrechte ausgerichteten weltweiten Ordnungspolitik seien. Sie wollen die EU als Friedensprojekt profilieren, das bereit ist, Verantwortung im Rahmen der UNO zu übernehmen. Die Partei tritt für eine Stärkung der Vereinten Nationen ein. Mittelfristig strebt sie eine effektive Reform des Sicherheitsrats an, die die Vetomöglichkeit abschafft und eine gerechte Zusammensetzung unter Beteiligung von Afrika, Lateinamerika und Asien sowie einen gemeinsamen europäischen Sitz verwirklicht.

Die Partei setzt sich für ein faires, multilaterales Handelssystem im Dienste der Armutsbekämpfung, der gerechteren Verteilung des globalen Reichtums und der nachhaltigen Entwicklung und für eine grundlegende Reform der WTO ein. Sie will das drängende Verschuldungsproblem in den Entwicklungsländern lösen. In diesem Kontext fordert die Partei auch die Abschaffung aller Exportsubventionen für die europäische Landwirtschaft.

DIE LINKE will sich für eine Europäische Union einsetzen, die für internationale Zusammenarbeit und Solidarität in einer neuen Weltwirtschaftsordnung eintritt, die Hunger überwindet und die nachhaltige Entwicklung aller Länder fördert und in der die Diktatur der Finanzmärkte überwunden ist.

10.3 Verhältnis zu den USA und zu Russland

Alle Parteien setzen sich in ihren Programmen für ein gutes Verhältnis sowohl zu den **USA** als auch zu **Russland** ein. Nur DIE LINKE vermeidet eine Aussage zur transatlantischen Partnerschaft.

Ein geeintes Europa, schreibt die **CDU**, könne bei der Lösung globaler Probleme am besten „unsere Interessen“ in einer gleichberechtigten Partnerschaft mit den Partnern USA und Kanada wahrnehmen. Ohne ein verlässliches Russland seien viele große internationale Herausforderungen nur schwerlich zu meistern. „Daher tritt die CDU dafür ein, dass Deutschland, die EU, die NATO und der Westen insgesamt eine umfassende, auf den Werten des Europarates und der OSZE basierende Partnerschaft mit Russland anstreben.“

Die **FDP** verlangt, Europa müsse sich so aufstellen, dass es auf gleicher Augenhöhe mit den Partnern die Politik des Westens im Zeitalter der Globalisierung formulieren und ausführen kann. Im Verhältnis zu den USA setzt die Partei auf einen Neuanfang der transatlantischen Beziehungen in Partnerschaft mit der neuen amerikanischen Administration. Im Verhältnis zu Russland wendet sich die FDP mit Nachdruck gegen jeden Versuch, einen neuen Kalten Krieg heraufzubeschwören. „Unser Ziel bleibt langfristig die strategische Partnerschaft mit Moskau im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheitsordnung, die die Grundsätze der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) beachtet.“

Die **SPD** werbe für eine erneuerte transatlantische Agenda, die Themen wie Klimaschutz, Energiesicherheit und Abrüstung ins Zentrum rücke und als Herausforderungen für gemeinsames politisches Handeln der USA und Europas begreife. „Russland

wollen wir in eine strategische Partnerschaft einbinden, die intensivierte Kooperation zum Vorteil beider Seiten ermöglichen soll, zugleich aber auch Rahmen für einen kritischen Dialog sein muss.“

Die Grünen meinen, dass eine positive Ausgestaltung der transatlantischen Gemeinschaft ein elementares Interesse deutscher und europäischer Politik sei. Diese Gemeinschaft gründe sich auf gemeinsame historische Erfahrungen und politische Werte, eine enge wirtschaftliche Verflechtung und auf einen intensiven kulturellen Austausch. *Die Grünen* setzen sich aber auch für eine strategische Partnerschaft zwischen der EU und Russland, für die Einbeziehung Russlands in die euro-atlantische Sicherheitspartnerschaft (Wiederbelebung der NATO-Russland-Partnerschaft) und für eine Stärkung der OSZE ein.

DIE LINKE erklärt, dass die Konflikte auf dem europäischen Kontinent die Notwendigkeit der Schaffung eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa zeigen würden. Dieses sei ohne Russland nicht zu verwirklichen.

10.4 Vertiefung der europäischen Integration und EU-Erweiterung

Hinsichtlich der *europäischen Integration* unterstreichen CDU, FDP, SPD und DIE LINKE, dass die *Erweiterung* der Europäischen Union zur gleichen Zeit eine *Vertiefung* des Einigungsprozesses erfordere, damit Europa handlungsfähig bleiben könne. Demgegenüber äußern sich *Die Grünen* nicht zu dieser Problematik. Auf die in der öffentlichen Debatte immer wieder thematisierte und heftig umstrittene Frage eines Kerneuropas oder eines „Europas unterschiedlicher Geschwindigkeiten“ wird explizit nur von der FDP eingegangen.

Die **CDU** plädiert für die Einleitung einer Konsolidierungsphase im EU-Erweiterungsprozess, in der die Festigung der Identität und der Institutionen der EU Vorrang vor weiteren EU-Beitritten haben müsse. Die Staaten auf dem westlichen Balkan und in Osteuropa müssten jedoch eine „europäische Perspektive“ (sprich: die Option auf einen späteren Beitritt zur EU) behalten, weil dies für den Reformprozess in diesen Ländern wichtig sei.

Der europäische Erweiterungsprozess, postuliert die CDU prinzipiell, müsse zur Stärkung der europäischen Identität beitragen. Nur europäische Staaten dürften einen Beitrittsantrag an die Europäische Union stellen. Dennoch seien für die Sicherheit und den Wohlstand der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten die Stabilität und der Wohlstand der nicht europäischen Staaten in der unmittelbaren Nachbarschaft Europas von zentraler Bedeutung. Die CDU tritt daher für maßgeschneiderte Nachbarschaftsabkommen der Europäischen Union ein.

Die **FDP** knüpft eine Erweiterung der EU an eine Vertiefung der Integration, macht die Umsetzung der im Lissabon-Vertrag fixierten Reformen zur Vorbedingung für die Beitritte weiterer Staaten zur EU: „Eine an den Zielen des Vertrages von Lissabon orientierte EU-Reform ist für die FDP nun jedoch Voraussetzung für die Aufnahme weiterer Staaten.“ Mit Kroatien, das größte Anstrengungen unternommen habe, um sich auf einen EU-Beitritt vorzubereiten, seien die Verhandlungen allerdings bereits weit fortgeschritten, der Beitritt erscheine daher auch im Rahmen einer Teilreform denkbar. Das gelte auch für Norwegen, Island und die Schweiz, sofern sie den Beitritt beantragen sollten.

Die Staaten des westlichen Balkans hätten eine mittel- bis langfristige Perspektive, der EU beitreten zu können. Langfristig gelte dies auch für die Ukraine. Für die Bürgerinnen und Bürger sei entscheidend, dass die Glaubwürdigkeit der Erweiterungs politik der EU wieder hergestellt werde. Für die FDP gelte: „Beitrittsverhandlungen müssen ergebnisoffen geführt werden.“ Einen „Rabatt“ bei den Kriterien oder gar einen Beitrittsautomatismus, zum Beispiel durch Nennung eines Beitrittsdatums vor Abschluss der Verhandlungen, dürfe es nicht geben.

Die FDP zeigt sich offen für die Idee eines Kerneuropa oder eines „Europa mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten“: „Die FDP bekräftigt ihre Haltung, dass die notwendigen Reformen der EU möglichst von allen Mitgliedstaaten gemeinsam zu erreichen sind. Andere Modelle sind aber zulässig und sinnvoll, wenn im Interesse der Bürgerinnen und Bürger in Europa gemeinsame Ziele erreicht und konkrete Projekte verwirklicht werden können.“ Wenn Gruppen von EU-Staaten mit Projekten vorausgehen, diese sich bewähren und andere EU-Staaten die Möglichkeit haben, sich später daran zu beteiligen, sei dies mit dem europäischen Gedanken vereinbar, wie die Einführung des Euro, des Schengenraums und die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) gezeigt hätten. Der europäische Einigungsprozess sollte nach Auffassung der FDP durch die Anwendung der verstärkten Zusammenarbeit intensiviert werden, zum Beispiel auf den Feldern Bankenaufsicht, Verteidigungspolitik oder im materiellen Strafrecht.

Die **SPD** setzt sich dafür ein, dass die Erweiterung der EU mit einer Vertiefung der europäischen Integration einhergeht. Die EU-Erweiterungspolitik müsse als vorausschauende Friedenspolitik fortgeführt werden. Die SPD plädiert daher auch für eine EU-Beitrittsperspektive für die Staaten des westlichen Balkans.

Nach Auffassung der **Grünen** stehe die EU vor der Herausforderung, den Erweiterungsprozess zu gestalten und partnerschaftliche Beziehungen zu ihren Nachbarn auszubauen. Die Partei betont in diesem Kontext: „Die Möglichkeit zur Erweiterung der EU ist Kern ihrer friedensstiftenden Wirkung.“ Daher steht die Partei dazu, dass alle europäischen Staaten – ausdrücklich auch die osteuropäischen – wie im EU-Vertrag vorgesehen eine Beitrittsperspektive erhalten.² Konkrete Beitrittstermine könne es allerdings erst geben, wenn alle „Kopenhagener Kriterien“ für den Beitritt erfüllt seien (wie demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, die Wahrung der Menschenrechte und Schutz der Minderheiten) und wenn die Regelungen der EU übernommen seien.

DIE LINKE tritt für die Fortsetzung der EU-Erweiterung und für eine stabile gesamt-europäische Struktur ein, um die noch bestehenden politischen und ökonomischen Trennlinien zu überwinden. Für die Partei sind eine demokratische Regierungsform,

² Im Programm heißt es dazu: „Wir wollen eine EU, die der besonderen Verantwortung für den westlichen Balkan, also für Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Mazedonien, Serbien, Montenegro und das Kosovo, gerecht wird. Mit Kroatien werden bereits seit Oktober 2005 Beitrittsverhandlungen geführt, die zu einem baldigen Beitritt führen könnten, wenn die Kriterien erfüllt sind. Mazedonien ist seit 2005 Beitrittskandidat. Die restlichen Staaten mit ihren jungen und teilweise noch instabilen Demokratien müssen wir weiter stärken und ihnen mit maßgeschneiderten Programmen, durch Wirtschafts- und Umweltpartnerschaften und Visabefreiungen helfen, sie näher an die EU heranzuführen.“ Und: „Es ist eine europäische Aufgabe, die osteuropäischen Staaten Belarus, Ukraine, Moldawien, Georgien, Armenien und Aserbaidschan und ihre Zivilgesellschaften bei der schwierigen Umgestaltung ihrer politischen und wirtschaftlichen Strukturen zu unterstützen. Wir setzen uns dafür ein, im Rahmen der Europäischen Nachbarschaftspolitik auch jene Staaten schrittweise an die EU heranzuführen, die Mitglied der europäischen Staatengemeinschaft sind und ihre Zukunft in der Europäischen Union sehen.“

die Gewährleistung und Durchsetzung der Menschenrechte für jedermann im Alltag, die Achtung und der Schutz von Minderheiten und Rechtsstaatlichkeit wichtige Bedingungen für Verhandlungen mit Ländern, die sich um eine EU-Mitgliedschaft bewerben. Im Sinne der Vertiefung der europäischen Integration stellt DIE LINKE fest, auch die EU selbst müsse die politischen, wirtschaftlichen und institutionellen Voraussetzungen für künftige Erweiterungsschritte schaffen.

10.5 Europäische Union und Türkei

Während **FDP**, **SPD** und **Die Grünen** für eine Voll-*Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union* eintreten, wenn sie die „Kopenhagener Kriterien“ vollständig und umfassend erfüllt, plädiert die **CDU** lediglich für eine „Privilegierte Partnerschaft“. Für die FDP seien die Umsetzung der Reformen in der Türkei und die Aufnahmefähigkeit der EU der Schlüssel für den Beitritt des Landes zur EU. **DIE LINKE** vermeidet eine Aussage zu dieser Frage und schreibt lediglich in einem anderen Kontext: „Die Türkei muss die politischen und Menschenrechte aller Einwohnerinnen und Einwohner, darunter aller Minderheiten, achten und rechtsverbindlich garantieren. Soziale und rechtliche Reformen sind durchzuführen, um für alle Bürger kurdischer Nationalität einen demokratischen und friedlichen Weg zu bahnen.“

10.6 Militärische Zusammenarbeit in der Europäischen Union

In der Frage einer verstärkten *militärischen Zusammenarbeit in der Europäischen Union* gibt es einen unüberbrückbaren Graben zwischen CDU, FDP, SPD und *Grünen* auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite. Während DIE LINKE konsequent alle Schritte ablehnt, die darauf hinauslaufen, die EU in eine militärische Interventionsmacht zu verwandeln, treten CDU, FDP, SPD und *Grüne* – wenn auch sehr differenziert – dafür ein, einen militärischen Arm der EU zu schaffen. Dabei formulieren CDU, FDP und SPD ihr Ziel des Aufbaus einer europäischen Armee völlig unverblümt, *Die Grünen* dagegen eher verschämt.

Die **CDU** will die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in der Europäischen Union ausbauen. Sie bekennt sich zu einer europäischen Verteidigung einschließlich einer politischen und militärischen Beistandsverpflichtung ergänzend zur NATO. Die Europäische Union müsse daher über Möglichkeiten eigenen militärischen Handelns verfügen können. Die CDU setzt sich für gemeinsame europäische Streitkräfte als Fernziel ein.

Die **FDP** schreibt: „Europa muss sich in die Lage versetzen, eigenständig Konfliktfällen vorzubeugen und gegebenenfalls schnell, gemeinsam und flexibel zu reagieren. Primär geht es darum, durch politische Maßnahmen die Menschenrechte zu sichern, Demokratie zu fördern, friedliche Konfliktlösung zu unterstützen und bewaffnete Konflikte zu vermeiden.“ Militärisches Eingreifen könne immer nur das letzte Mittel sein; die Kultur der militärischen Zurückhaltung werde von der FDP auch im europäischen Rahmen verteidigt. Die NATO sei weiterhin unverzichtbar. Um aber das europäische Gewicht in der NATO weiter zu stärken, müsse der Ausbau der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) vorangetrieben werden. In diesem Kontext fordert die FDP den Aufbau gemeinsamer europäischer Streitkräfte unter gemeinsamem Oberbefehl.

Die **SPD** will unter dem Slogan „Für eine starke Friedensmacht Europa“ die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik weiter ausbauen und insbesondere ihre

zivile Komponente stärken. Langfristiges Ziel ist eine europäische Armee, deren Einsatz stets parlamentarisch legitimiert sein müsse.

Die EU müsse in der Lage sein, so **Die Grünen**, in Arbeitsteilung mit der NATO die Sicherheit Europas auch mit militärischen Mitteln zu gewährleisten. Sie müsse in der Lage sein, Europa zu stabilisieren und ihren Beitrag für UN-Missionen zur Wahrung von Frieden und Sicherheit zu leisten. „Wir sagen Ja zur Effektivierung und Harmonisierung der Streitkräfte innerhalb der EU, was einen Beitrag zur Senkung der Verteidigungsausgaben und zur Reduzierung der nationalen Streitkräfte leisten soll.“ *Die Grünen* lehnen den Ausbau der NATO zu einer Konkurrenzorganisation der UNO ab. Die NATO bleibe jedoch „notwendig, weil es zur Zeit keinen anderen Akteur gibt, der die gemeinsame Sicherheit Europas garantieren kann und der als Staatenbündnis einer Re-Nationalisierung der Sicherheitspolitik entgegenwirkt.“ Die NATO müsse dabei in eine multilaterale Sicherheitsarchitektur integriert werden, die auf dem Prinzip gemeinsamer Sicherheit beruhen und militärische Einsätze an ein Mandat des UN-Sicherheitsrats binden müsse. Der Parlamentsvorbehalt bei Militärmissionen müsse bestehen bleiben.

DIE LINKE bekräftigt ihre Opposition gegen alle Militärblöcke. Ziel der LINKEN sei die Auflösung der NATO. EU-Interventionsstreitkräfte und EU-Battle-Groups müssten ebenso aufgelöst werden.³ Die Zusammenarbeit und Verquickung von NATO und EU seien zu beenden und alle US-Militärbasen in den EU-Staaten zu schließen. Militärische Auslandseinsätze im Rahmen der Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik seien zu beenden.

10.7 Entwicklungszusammenarbeit

Alle Parteien räumen Fragen der **Entwicklungszusammenarbeit** und dem Verhältnis der Europäischen Union und anderer Länder des Nordens zu denen des Südens einen hohen Stellenwert in ihren Wahlprogrammen ein – mit Ausnahme der **CDU**, die zu diesem Thema schweigt.

Die **FDP** unterstreicht: „Ziel liberaler europäischer Entwicklungspolitik ist es, Armutsursachen zu bekämpfen und den Menschen zu ermöglichen, ihren eigenen Lebensunterhalt zu erwirtschaften, um ein Leben in Würde, Freiheit und Selbstbestimmung zu führen.“ Dafür müssten die Mittel der Europäischen Entwicklungszusammenarbeit mit größtmöglicher Effizienz und Transparenz eingesetzt und entsprechende Erfolgskontrollen durchgeführt werden. Zugleich müsse es eine klare Aufgabenverteilung zwischen der Europäischen Union und den Mitgliedsstaaten geben, was die Themen und Länder betreffe.

Nach Meinung der **SPD** seien eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und eine partnerschaftliche Entwicklungszusammenarbeit nicht nur ein Gebot der Menschlichkeit, sondern Bausteine einer umfassenden Sicherheitspolitik. Die Mittel für die Bekämpfung von Armut und Unterentwicklung will die SPD deshalb schrittweise bis 2010 auf 0,51 Prozent und bis 2015 auf 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erhöhen und gleichzeitig die Entschuldung der ärmsten Länder der Welt weiter vorantreiben.

³ Offenbar bezieht sich diese Aussage nicht auf die Schaffung einer gemeinsamen europäischen Armee mit defensiver Ausrichtung. In einem zeitnahen Interview mit der „Süddeutschen Zeitung“ erklärte Parteivorsitzender Oskar Lafontaine auf die Frage „Eine europäische Armee lehnen Sie demnach auch ab?“, „Nein, ich habe sie schon vor zwanzig Jahren gefordert.“ (Süddeutsche Zeitung, München, 26.02.2009).

Die Grünen wollen die Globalisierung gerecht gestalten und streben mit ihrem Grünen New Deal eine neue Form des sozialen Ausgleichs zwischen Nord und Süd an. Die EU müsse die treibende Kraft bei der Umsetzung der Entwicklungsziele der Vereinten Nationen und zum Wegbereiter eines kooperativen Multilateralismus werden, der aktiv zu einer Stärkung der Menschenrechte beiträgt. Die öffentliche Entwicklungshilfe soll daher als Beitrag zur Bekämpfung des Hungerproblems bis zum Jahr 2015 auf mindestens 0,7 Prozent des Bruttoinlandprodukts ausgeweitet werden. *Die Grünen* wollen einen internationalen Umweltschutz, der sich nicht allein auf Verträge und Abkommen beschränke. Die EU müsse auf internationaler Ebene einen aktiven Beitrag zur ökologischen Gerechtigkeit leisten, indem Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden, ihre Ressourcen zu schonen und ihre Wirtschaft zu entwickeln.

DIE LINKE setzt sich für eine solidarische Entwicklungs-, Außen- und Handelspolitik ein. Der Missbrauch von Entwicklungszusammenarbeit als Fortsetzung von Kolonialbeziehungen, als Außenwirtschaftsförderung für europäische Unternehmen oder als geostrategisches Instrument, müsse beendet werden. DIE LINKE fordert die Beendigung der Agrarexportbeihilfen der EU. Sie verlangt die umfassende Entschuldung armer Länder sowie konkrete Schritte der Europäischen Union, um die von ihr 2006 bestätigte Forderung nach einer Quote von mindestens 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe endlich umzusetzen.

Die Partei lehnt Freihandelsabkommen der EU mit den Staaten des Südens ab. Sie verlangt den Stopp der EPA-Verhandlungen unter dem neoliberalen Verhandlungsmandat und eine Neuorientierung der Verhandlungsziele auf solidarische, entwicklungspolitisch orientierte Abkommen. DIE LINKE tritt dafür ein, soziale, ökologische, entwicklungspolitische und geschlechtsspezifische Standards in allen außenwirtschaftlichen Aktivitäten festzulegen.

10.8 Haltung zum Revanchismus

Die **CDU** will sich im Europawahlkampf offensichtlich die Stimmen der sogenannten Landsmannschaften sichern und macht sich mehr oder weniger verdeckt zum Vertreter **revanchistischer Forderungen** in der Eigentumsfrage. Die Union behauptet: „Die deutschen Heimatvertriebenen und die deutschen Volksgruppen in Mittel- und Osteuropa haben eine wichtige Brückenfunktion bei der Zusammenarbeit mit Deutschlands östlichen Nachbarstaaten.“ Vor allem mit dem Blick auf Polen und die Tschechische Republik – allerdings ohne diese Länder beim Namen zu nennen – betont die CDU, das Recht auf die Heimat gelte. Vertreibungen jeder Art müssten international geächtet und verletzte Rechte anerkannt werden.

Von allen anderen Parteien geht nur **DIE LINKE** auf dieses Thema ein. Sie wendet sich besonders gegen Ansprüche auf Eigentum und Gebiete in Osteuropa sowie gegen Geschichtsrevisionismus, wie er von Vertriebenenverbänden forciert wird.

Resümee

Beim grundsätzlichen **Herangehen an die EU** und ihre Politik gibt es eine klare Spaltung: Während CDU, FDP, SPD und *Grüne* in der EU eine unverzichtbare Antwort auf die Globalisierung sehen und die positive Wirkung der EU in der europäischen Geschichte betonen, ist das Herangehen der Partei DIE LINKE völlig anders. Sie ist der Auffassung, die herrschende neoliberale Politik der EU agiere gegen soziale Ge-

rechtigkeit, gegen den weltweiten Frieden und gegen die demokratische Teilhabe der Menschen. Der Vertrag von Lissabon setze diese fatale Politik fort. Während die anderen Parteien den Lissabon-Vertrag positiv einschätzen, bewertet DIE LINKE ihn negativ. Deshalb müsse aus ihrer Sicht der Verfassungsprozess auf eine neue Grundlage gestellt werden.

In der **Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik** sind die Differenzen vielfältiger. Für CDU und FDP stehen allein die Wettbewerbsfähigkeit nach innen und außen sowie der Bürokratieabbau im Mittelpunkt. *Die Grünen* setzen auf einen „Grünen New Deal“. Die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und das Prinzip der „Guten Arbeit“ sind für die SPD und DIE LINKE, aber auch für *Die Grünen* besonders wichtig. Allein DIE LINKE wendet sich deutlich gegen die Strategie, die EU zur wettbewerbsfähigsten Region in der Welt zu machen. Die Partei will die europäische Binnenwirtschaft stärken. Die Netzinfrastrukturen (Strom, Gas, Wasser, Bahn, Telekommunikation) sowie bedeutende, den Wettbewerb und die Politik beherrschende Unternehmen sollen in öffentliches Eigentum bei demokratischer Kontrolle überführt werden. Überhaupt soll das Profitstreben der Konzerne und Banken beendet und nach dem Bedarf produziert werden.

Als **Reaktion auf die internationale Finanzkrise** wollen CDU und SPD die Banken- und Finanzmarktaufsicht verbessern, Hedge-Fonds stärker kontrollieren und das Bonus-System der Manager verändern. Die FDP kritisiert in erster Linie die unzulängliche staatliche Finanzaufsicht und sieht in der Unabhängigkeit der EZB einen besonderen Wert. *Die Grünen* gehen über CDU und SPD hinaus. Sie wollen eine europäische Finanzumsatzsteuer. Wie allerdings ein „Bretton Woods II“, aussehen soll, wird nicht mitgeteilt. Allein DIE LINKE will die Banken verstaatlichen. Hedge-Fonds und Private Equity Fonds sollen verboten werden.

In der **Sozialpolitik** gibt es deutliche programmatische Unterschiede zwischen CDU und FDP einerseits und SPD, *Grünen* und der LINKEN andererseits. Während dieses Politikfeld bei CDU und FDP nur einen geringen Stellenwert einnimmt und sie vor allem einen Lobgesang auf die „Soziale Marktwirtschaft“ anstimmen, hat es bei den anderen Parteien – trotz aller Differenzierung – eine weitaus größere Bedeutung. Hier wird – im Unterschied zu CDU und FDP – ein „soziales Europa“ als Gegenpol zu wirtschaftsliberalen Positionen thematisiert. SPD, *Grüne* und LINKE plädieren für einen europäischen Sozialpakt bzw. für eine europäische Sozialunion, die der Wirtschafts- und Währungsunion gleichrangig ist und die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in der EU verbessern soll. Aber nur DIE LINKE begreift Sozialpolitik als Querschnittsaufgabe. Allein sie lehnt jegliche weitere Liberalisierung und Privatisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge deutlich ab.

Auf **umweltpolitischem Gebiet** stehen in allen untersuchten Wahlprogrammen Klimaschutz und Energiepolitik im Zentrum. Während vor allem die FDP auf den Markt setzt, plädiert die SPD für eine „ökologische Industriepolitik, die Wirtschaft, Beschäftigung und Umwelt zusammenbringt“. *Die Grünen* sehen in der Verbindung von Ökologie und Ökonomie den Schlüssel zur Lösung der Zukunftsprobleme und setzen auf einen Green New Deal. DIE LINKE betont (bei deutlichen Gemeinsamkeiten mit SPD und *Grünen*) auch in ihren umweltpolitischen Vorstellungen am stärksten von allen Parteien den sozialen Aspekt. Während vor allem die CDU auf eine „schlagkräftige Energieaußenpolitik“ der EU, den Zugriff auf fossile Energieträger und auf Kernkraft setzt, plädieren SPD, *Grüne* und LINKE für eine integrierte Klima- und Energiepolitik,

die die Ziele Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und ökologische Nachhaltigkeit zusammenbringt. Vor allem *Die Grünen* und DIE LINKE treten für die konsequente Förderung und den Umstieg auf Erneuerbare Energien, für mehr Energieeffizienz und für mehr Energieeinsparung ein.

Auf dem Gebiet der **Bildungspolitik** betonen alle Parteien die Notwendigkeit des verbesserten Zugangs zu Bildung und die Bedeutung des Erwerbs von Fremdsprachen in einem zusammenwachsenden Europa. Vor allem *Die Grünen* und die FDP setzen sich für die reibungslose Anerkennung von Bildungsabschlüssen und von Teilleistungen im Rahmen von Auslandsstudienaufenthalten innerhalb der EU ein. Aber nur DIE LINKE, die SPD und *Die Grünen* thematisieren, dass der Erwerb von Bildung nicht vom Geldbeutel abhängig sein dürfe, und nur DIE LINKE wendet sich gegen Privatisierungen im Bildungsbereich und gegen die Erhebung von Studiengebühren.

In der Frage von **Bürgerrechten und Demokratie** zeigt sich ein tiefer Graben zwischen den *Grünen*, der LINKEN, der FDP und – mit gewissen Abstrichen – der SPD auf der einen Seite und der CDU auf der anderen Seite. Während die erstgenannten Parteien die Erweiterung von Bürgerrechten und Demokratie thematisieren, ist dies für die Union kein Thema. Vielmehr laufen die von ihr anvisierten Maßnahmen im Kern auf eine deutliche Einschränkung von Bürgerrechten und Demokratie hinaus. Vor allem DIE LINKE und *Die Grünen* fordern mehr direkte Demokratie und Bürgerbeteiligung.

Hinsichtlich der **Rolle Europas in der Welt** und der in diesem Kontext stehenden außen- und sicherheitspolitischen Fragen betonen alle Parteien – bis auf die CDU – die Bedeutung von Friedenssicherung und Abrüstung und den Gedanken, durch präventive diplomatische Schritte das Ausbrechen internationaler Konflikte zu vermeiden. Bis auf DIE LINKE treten alle Parteien für eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union ein. Während CDU, FDP, SPD und DIE LINKE hinsichtlich der europäischen Integration unterstreichen, dass die *Erweiterung* der Europäischen Union zur gleichen Zeit eine *Vertiefung* des Einigungsprozesses erfordere, damit Europa handlungsfähig bleiben könne, äußern sich *Die Grünen* nicht zu dieser Problematik. In der Frage einer verstärkten militärischen Zusammenarbeit in der EU gibt es einen unüberbrückbaren Graben zwischen CDU, FDP, SPD und *Grünen* auf der einen Seite und der Partei DIE LINKE auf der anderen Seite. Während CDU, FDP, SPD und *Grüne* – wenn auch sehr differenziert – dafür eintreten, einen militärischen Arm der EU zu schaffen, lehnt DIE LINKE konsequent alle Schritte ab, die darauf hinauslaufen, die EU in eine militärische Interventionsmacht zu verwandeln.

Ein Vergleich der Wahlprogramme von CDU, FDP, SPD, der *Grünen* und der LINKEN zur Europawahl 2009 kann den Blick auf die Positionen der Parteien hinsichtlich übergreifender Politiklinien eröffnen, die Nähe oder Ferne dieser Positionen auf diesen Linien markieren und sowohl mögliche Kooperationen miteinander als auch wahrscheinliche Auseinandersetzungen zwischen ihnen antizipieren.

Eine Einordnung der Parteien – bezogen auf derartige übergreifende Politiklinien – gestaltet sich jedoch schwierig, wenn man sämtliche Politikfelder betrachtet. Am klarsten ist das Bild auf der *Achse „Neoliberalismus versus Sozialstaatsorientierung“*. Hier liegen CDU und FDP nahe zusammen. SPD und *Grüne* verorten sich programmatisch eher auf einer mittleren Position und nähern sich hier teilweise der LINKEN.

Betrachtet man die Politikfelder Demokratie und Bürgerrechte, dann bilden auf der Achse „*libertäre versus autoritäre Orientierung*“ die CDU auf der autoritären Seite und die LINKE sowie *Die Grünen* auf der libertären Seite die Gegenpole. Die SPD befindet sich hier dazwischen (und zwar eher bei der CDU), die FDP näher bei *Grünen* und LINKEN. Auf dem Feld der Asyl- und Flüchtlingspolitik und der Zuwanderungspolitik steht die Union auf der Achse „*nationale (und tendenziell nationalistische) Orientierung versus weltoffene Orientierung*“ tendenziell auf der Seite des Nationalen. Die SPD neigt hier eher zu den Positionen der CDU. DIE LINKE, *Die Grünen*, aber auch die FDP sind auf dem Pol der Weltoffenheit zu verorten. Bei der Europapolitik insgesamt trifft dieses Bild zwar auf die Union zu, nicht aber auf die SPD. Letztere gibt sich hier weltoffener.

Jochen Weichold / Horst Dietzel

Quellen:

Für die Aussagen der einzelnen Parteien wurden folgende Quellen herangezogen:

- für die **CDU**: Starkes Europa – Sichere Zukunft. Programm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zur Europawahl 2009, Berlin, 16. März 2009.
- für die **FDP**: Ein Europa der Freiheit für die Welt des 21. Jahrhunderts. Programm der Freien Demokratischen Partei zur Wahl des Europäischen Parlaments 2009, beschlossen auf dem Europaparteitag am 17. Januar 2009 in Berlin, Berlin [2009].
- für die **SPD**: Europamanifest der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für die Wahlen zum Europäischen Parlament 2009. Für Europa: stark und sozial! [Berlin 2008].
- für **Die Grünen**: Bündnis 90/Die Grünen: Volles Programm. Mit Wums für ein besseres Europa, Berlin 2009.
- für **DIE LINKE**: Solidarität, Demokratie, Frieden – Gemeinsam für den Wechsel in Europa! Europawahlprogramm 2009 der Partei DIE LINKE. Beschluss des Europaparteitages, Essen, 28.02.2009, Berlin 2009 (= Disput extra).

Berlin, 28. April 2009